

Robert Schuman Centre

Die Europäische Union  
als journalistische Herausforderung

Qualität im  
Spannungsfeld zwischen Infotainment  
und Sachinformation

MANFRED RIST

RSC No. 97/63

# EUI WORKING PAPERS



EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE

WP  
321  
. 02094  
EUR

European University Institute



3 0001 0036 6496 0

EUI Working Paper RSC No. 97/63

Rist: *Die Europäische Union als journalistische  
Herausforderung. Qualität im Spannungsfeld  
zwischen Infotainment und Sachinformation*

WP  
321.0209  
4 EUR



The Robert Schuman Centre was set up by the High Council of the EUI in 1993 to carry out disciplinary and interdisciplinary research in the areas of European integration and public policy in Europe. While developing its own research projects, the Centre works in close relation with the four departments of the Institute and supports the specialized working groups organized by the researchers.



**EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE, FLORENCE**

**ROBERT SCHUMAN CENTRE**

**Die Europäische Union  
als journalistische Herausforderung.  
Qualität im Spannungsfeld zwischen  
Infotainment und Sachinformation**

**MANFRED RIST**

**EUI Working Paper RSC No. 97/63**

**BADIA FIESOLANA, SAN DOMENICO (FI)**

All rights reserved.  
No part of this paper may be reproduced in any form  
without permission of the author.

© Manfred Rist  
Printed in Italy in November 1997  
European University Institute  
Badia Fiesolana  
I – 50016 San Domenico (FI)  
Italy

## **Zusammenfassung**

In den vergangenen Jahren hat sich Brüssel auch zu einem Zentrum der Medien und zu einem Mekka für Journalisten entwickelt. Ihr Einfluss auf die Politik mag umstritten sein. Sie prägen aber mit Sicherheit das Bild, das sich die Öffentlichkeit von der EU macht. Den elektronischen Medien und den Printmedien fallen in der EU zudem wichtige Rollen zu: so die Überbrückung der Distanz zwischen der EU und dem Bürger, die Fortsetzung der öffentlichen Debatte und die demokratische Kontrolle des Integrationsprozesses. Der Arbeitsplatz Brüssel weist dabei einige Besonderheiten aus. Erwähnt seien die für Hauptstädte typische Problematik von Nähe und Distanz, ein im abgesonderten diplomatischen Ghetto entwickelter EU-Jargon, der übersetzt werden muss, und der Baustellencharakter der EU. Im weiteren kann sich auch die EU-Berichterstattung nicht den allgemeinen Trends entziehen, die für den Journalismus typisch geworden sind: Informationsflut, Trend zu Visualisierung, zur verkürzten Darstellung, zur Polarisierung, zur Sofort-Verarbeitung. Geschwindigkeit, Spotan- und Reizeffekte zählen offenbar zunehmend mehr als Sachinformation, Erklärung, Analyse und Hintergrundsbeleuchtung. Werden Journalisten damit immer mehr zu Halunken, die - im Sinne von Niklas Luhman - mediale Realitäten und in letzter Konsequenz nur noch individuelle Wahrheiten bzw. mediale Lügen erzeugen? Verkommt die Pressefreiheit damit zur Narrenfreiheit? Wer kontrolliert dann die Medien? Und was heisst in diesem schnellebigen und oberflächlichen Umfeld eigentlich noch journalistische Qualität? Am Beispiel Brüssel soll den Fragen nachgegangen werden.



## 1. Zweck und Ziel

Die EU und die Medien haben eine Gemeinsamkeit: Bei beiden ist eine heile Welt ins Wanken geraten. Beide stehen in der Öffentlichkeit unter einem Rechtfertigungsdruck. Bei beiden ist die Glaubwürdigkeit angekratzt.

Dieses Arbeitspapier ist dem Journalismus in der Europäischen Union gewidmet. Präziser: Es ist dem journalistischen Zeitgeist und der EU-Berichterstattung aus Brüssel gewidmet. Die Umtriebe des Zeitgeistes sind hektischer und die Ansprüche an die EU-Presse grösser geworden. Der Zeitgeist fordert journalistische Qualität heraus, insbesondere auch die Glaubwürdigkeit der Medien. Glaubwürdige Medien sind wichtig. Sowohl für die Medien selbst als auch für die EU. Letztere ist, wie wir zeigen werden, auf funktionierende und qualitativ gute Medien angewiesen.

Was versteht man heutzutage überhaupt unter Qualität im Journalismus? Wie kann sie sichergestellt werden. Was bedeutet dies für die Arbeit eines EU-Korrespondenten einer Tageszeitung in Brüssel? Das erste Kapitel gleicht einem journalistischen Rundgang durch Brüssel. Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob Brüssel ein Sonderfall ist. An drei Schwerpunkten, die mir besonders wichtig scheinen, wird gezeigt, dass dies der Fall ist.

Das zweite Kapitel spürt den Umtrieben des Zeitgeistes nach. Wir beschränken uns dabei auf sechs Fährten. Von ihnen gehen die grössten Verlockungen und damit die grössten Herausforderungen aus. Herausforderungen und Verführungen für die journalistische Qualitätsarbeit. Damit sind wir beim Hauptanliegen:

Wer sich noch nicht dem Infotainment verschrieben und ergeben hat und im tagesaktuellen Strom der Worte und der Ereignisse ein verlässliches Informationsfundament legen will, schuldet dem Leser möglichst ehrliche Sachinformationen. Was heisst das auf Brüssel übertragen? Wie soll sich eine Zeitung, die sich der wahrheitsgetreuen EU-Berichterstattung verpflichtet fühlt, die eine umfassende, vertiefte und kontinuierliche Information aus und über Brüssel anstrebt, positionieren? Welche Grundsätze gilt es zur sprichwörtlichen "Fortsetzung der öffentlichen Debatte" zu beachten, auf die auch die EU mehr denn je angewiesen ist? Was kann aus verschiedenen Ansätzen zur Qualitätsdefinition übernommen werden, um - im Sinne von "Les Lumières" - Beleuchtung herzustellen, also aufklärerisch zu wirken, und damit Orientierung zu verschaffen?



In dieser Schrift wird weder Vollständigkeit noch Wissenschaftlichkeit angestrebt. Zwischen Wissenschaft und Journalismus besteht ohnehin ein Spannungsfeld. Neugierde, Entdeckungen, Zufälle sowie Fakten und Beobachtungen spielen zwar - als Ausgangspunkt - bei beiden zentrale Rollen. Aber dann trennen sich die Wege. Erst bei der Verbreitung der Erkenntnisse begegnen sich Wissenschaft und Medien wieder. Der Verzicht auf Wissenschaftlichkeit fällt hier umso leichter, als sich im Laufe der Jahre etwas Anschauungsmaterial angesammelt hat, das teilweise für sich selbst spricht. Als echte Ermunterung zum Schreiben hat sich auch der Satz von Montesquieu erwiesen: "Mais il ne faut pas toujours tellement épuiser un sujet, qu'on ne laisse rien à faire au lecteur. Il ne s'agit pas de faire lire, mais de faire penser".

## 2. Journalistischer Stadtrundgang in Brüssel

Brüssel hat sich wegen der EU zu einem Rummel- und Tummelplatz für die Medien entwickelt. Der Journalist sieht sich neben einigen typischen Merkmalen des Hauptstadt-Journalismus auch mit EU-Besonderheiten konfrontiert. Sie sind bei der Informationsvermittlung zu beachten. Davon ist im folgenden die Rede.

### 2. 1. Nähe und Distanz - Aussendienstler und Insider

Korrespondenten, ob sie nun im Bundeshaus, beim Bundesgericht oder bei der EU akkreditiert sind, sind Aussendienstmitarbeiter. Sie genießen nicht den täglichen Rückhalt einer Redaktion, operieren abseits redaktioneller Erörterungen, erfahren wenig Kritik, erhalten kaum Resonanz, haben kaum Kontakt mit dem Leser. Sie schreiben in das berühmte schwarze Loch, das alles aufnimmt, aber nichts mehr preisgibt. Wie Vertreter, Verkäufer, Sales Executives oder Botschafter kennen sie die Situation an der Front besser als die Zentrale. Sie identifizieren sich auf natürliche Weise als Aussenseiter mit der Front. Der Weg der Anpassung an die (fremde) Umwelt ist verlockend. Kepplinger spricht - in letzter Konsequenz - von angepassten Aussenseitern (Kepplinger 1979). Das berufliche Erfordernis, Kritik an der Umwelt zu üben, kollidiert mit dem subjektiven Bedürfnis, trotzdem von ihr geliebt zu werden (Saxer 1992). Vielleicht müsste man besser sagen, von ihr geachtet, gelesen, hofiert, weiterhin eingeladen und mit Informationen versorgt zu werden. Nähe und Distanz: Der Beruf, der Bericht und die Redaktion verlangen Distanz, aber Recherche, Arbeits- und Lebensbedingungen werden erleichtert durch Nähe. Süskind bringt es auf den Punkt: Wer Nähe schafft, zensiert sich - wer Distanz hält, erfährt nichts (Süskind 1989).

Brüssel ist ein Musterbeispiel. Über 90% der EU-Journalisten sind Ausländer, die wenig oder nichts mit Belgien verbindet, ausser ihrer Arbeit. Genau wie die Beamten, die sich - ohne je Belgier oder Bruxellois zu werden - in Brüssel niederlassen oder ihren 3-4-jährigen Aufenthalt als Karrierebeschleuniger verstehen. Was die Beamten unter sich, die Journalisten unter sich und die Beamten mit den Journalisten verbindet, lässt sich auf drei Nenner bringen: Job, EU, Staatsangehörigkeit. Das Diplomaten- und das Journalistenghetto lässt sich täglich erfahren, bei Einladungen. Die Franzosen laden Franzosen ein, in Ausnahmefällen auch frankophone Belgier; die Deutschen laden Deutsche ein, zur internationalen Abrundung sind Briten und Schweizer gut geeignet. Bei den Briten, der dritten grossen Nation (mit zehn Stimmen im Ministerrat) fallen die Einladungsgrenzen in der Regel mit dem Commonwealth zusammen. Am besten scheinen sich die Italiener assimiliert zu haben: Auswanderungswellen aus Italien zur Zeit, als Wallonien noch bessere Zeiten kannte und Arbeitsmöglichkeiten bot, bereiteten das Terrain vor.

In Untersuchungen zum Verhalten der Hauptstadtjournalisten ist deren Neigung erkannt worden, sich mit der Machelite zu identifizieren. Dafür gibt es in Brüssel verschiedene Hinweise. Nicht dass kritiklos aus Brüssel berichtet würde, im Gegenteil. Seit die Kommission Santer im Amt ist, schneidet seine Truppe eher schlecht ab (Report International 1996). Aber die Kritik ist meistens personenbezogen (ein Trend, auf den wir später noch eingehen werden) oder detailbezogen. Selten wird, wie etwa in Mitgliedstaaten, die ganze EU-Konstruktion in Zweifel gezogen. (Das überlässt man den distanzierter kommentierenden Heimredaktionen). Ein Beispiel: Als Frankreich im September 1992 über den Maastricht-Vertrag abstimmte, verfolgten viele Brüsseler Journalisten die Abendnachrichten um 20 Uhr im Pressesaal. Und als die erste Hochrechnung auf dem Bildschirm aufleuchtete und bei knapp über 50% stehen blieb, gab es tosenden Applaus. Ein anderer Hinweis: Laut einer Presseanalyse für die Europäischen Kommission, die die Firma Report International regelmässig erstellt, berichtete die deutsche Presse im September 1996 - untersucht wurden 27 Publikationen - am positivsten über die Währungsunion (die britische am negativsten). Ausgerechnet also die deutsche Presse, obwohl die Stimmung in Deutschland nicht besonders Euro-freundlich sein dürfte! Die Berichterstattung aus Brüssel dürfte dieses Bild der veröffentlichten Meinung (im Gegensatz zur öffentlichen Meinung) stark prägen. Das Wir-Gefühl und der Glaube, dass man letztlich die EU dem Leser oder der Redaktion verkaufen müsse, ist spürbar. Das gemeinsame am Tagesgeschäft ist vor allem an EU-Gipfeltreffen auszumachen. Dann nämlich bricht die internationale Karawane auf, um - einem Heuschreckenschwarm gleich - einen bestimmten Ort heimzusuchen. Dort wird auf engstem Raum und bis zur Erschöpfung gearbeitet und - konzentriert wie die Biester - an



Informationen alles leergefressen. Kurz: es wird ein informationstechnisches und journalistisches Feld der Verwüstung hinterlassen.

Das Kollektivgefühl, zusammen mit EU-Politikern und Beamten im gleichen Boot zu sitzen, wird durch die fast täglichen Begegnungen mit "Mächtigen", die regelmässig in der Presse oder im Fernsehen gezeigt werden, und den EU-Jargon verstärkt. Der Neankömmling muss sich im Pressesaal oder bei nationalen Briefings aufgrund der Fachausdrücke und Abkürzungen etwa so vorkommen wie ein Normalverbraucher an einem Ärztekongress. Wer mehr als zwei Jahre in Brüssel stationiert und einigermassen auf dem laufenden ist, kann sich mit Beamten problemlos so unterhalten, dass ein Aussenstehender nichts versteht. Die Solidarisierung mit der gemeinsamen Sache und mit den Berufskollegen wird nicht zuletzt durch die vielen Reisen quer durch Europa gefördert. Auch hier gilt: Selbst wenn man vom Gastland, in dem man sich ein paar Tage aufhält, keine Ahnung hat - es bleiben immerhin ein gemeinsamer Wortschatz, der berufstypische Zynismus und das Gefühl, auch mit dieser Reise etwas zum Aufbau Europas beigetragen zu haben. Und da grosse Ereignisse ihre Journalisten vorauswerfen, ergiesst sich in regelmässigen Abständen aus der EU-Zentrale ein wachsender Reporter-Strom in alle Himmelsrichtungen. Heute Amsterdam, morgen Strassburg, übermorgen London und danach Wien, zur Abwechslung ein Abstecher zum informellen Treffen in die Provinz, wo sich die lokale Bevölkerung zunächst meist geschmeichelt fühlt, für einen Tag soviel Politprominenz und Fernsehkameras anzutreffen. Wer unter den Journalisten gar das Privileg geniesst, mit dem Regierungsflugzeug mitzufliegen, wird sich dieser Ehre wohl bewusst sein wenn er schreibt. Und so findet das Europa von oben, das man den Politikern so leichtfüssig vorwirft, allzuoft seine direkte Fortsetzung in der Presse. Im Wanderzirkus der EU sind alle aufeinander angewiesen und es braucht eine gehörige Anfangsportion Euroskepsis, gepaart mit dem festen Willen, sich nicht vereinnahmen zu lassen, um mit der Zeit nicht den Annehmlichkeiten dieser körperlichen und geistigen Nähe zu erliegen

Das Phänomen der Anpassung des Journalisten an die gouvernementale Umgebung war im August 1996 Gegenstand eines aufschlussreichen Artikels in *Le Monde diplomatique*. Der Autor, Serge Halimi, zitiert dabei Richard Harwood von der *Washington Post*, der den sozialen Aufstieg des Reporters und die damit verbundenen Konsequenzen schildert (Halimi 1996): Der Journalist war zunächst im Arbeitermilieu anzutreffen, wo er wohnte und ein entsprechendes (bescheidenes) Einkommen hatte. Er kannte die Sorgen seiner Nachbarn. Die Veränderung begann in den achtziger Jahren. Von da an sind Journalisten in grossen Städten in anderen Quartieren anzutreffen, dort wo Rechtsanwälte und Patrons wohnen. Wer so wohne und über 100'000 \$ verdiene, verliere seine Sensibilität gegenüber den Nöten der Mehrheit. Statt

dessen erlebe er die "Nöte" der Privilegierten. Und das präge seine Artikel. Die Medienkonzentration dürfte diese Tendenzen eher noch verstärken. Dazu folgende Zahlen: Nach dem zweiten Weltkrieg stammten 80% der amerikanischen Zeitungen aus Familienbetrieben; heute liegt diese Zahl bei 20%. 1983 wurde die Hälfte des US-Mediengeschäfts von 50 Konzernen kontrolliert; 1996 waren es noch deren 20 (Stadler 1997).

Zum Schluss, dass das Milieu der Journalisten auch ihre Mentalität prägt, kommt auch der amerikanische Historiker Robert Darnton. Der ehemalige Korrespondent der *New York Times* in London schreibt dazu, dass Einflusspersonen und Instanzen im Bewusstsein der Journalisten ständig präsent seien (Darnton 1992). Mark Hertsgaard und Howard Kurtz doppelten im Artikel von *Le Monde diplomatique* kräftig nach: "C'est une presse de cour". Und:

"Ils vivent dans un cocon hermétiquement scellé, ne fréquentent que des riches décideurs et ne quittent la ville que pour dicourir devant les publics qui les paient. Ils pontifient sur l'aide sociale mais n'ont jamais rencontré, une jeune mère que en vit."

Präziser kann man die Anklage (oder mindestens den Verdacht) nicht formulieren.

## 2. 2. Europäisches Kauderwelsch

Eine weitere Besonderheit des Brüsseler Medienplatzes ist das verbreitete Kauderwelsch. Es fängt mit Europa und all seinen Ableitungen an. Es sorgt für Verwirrung, Verwechslung, Unverständnis und ist sicher zum Teil auch dafür verantwortlich, dass Brüssel und die europäische Integrationsbewegung oft als bürgerfremd empfunden werden. Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich ist die EU nicht nur in der Sprache, sondern auch in der Sache oft bürgerfremd. Aber die Sprache verstärkt die Ferne. Und dazu kommen - gewissermassen als dritter Faktor - natürlich die verschiedenen Sprachen: Wenn man immer alle Sprachen verstehen würde, in denen sich Politiker oder andere Exponenten eines Landes über Europa äussern, würde man das eine oder andere (nationale Interesse) auch klarer sehen. Der Franzose, Spanier oder Grieche käme einem weniger fremd vor, sein Anliegen wäre zumindest besser verständlich. Vom ehemaligen luxemburgischen EG-Kommissar Jean Dondelinger, der von 1990 bis 1994 in Brüssel für Kulturfragen zuständig war, stammt die Bemerkung: "Die einzige wirkliche Grenze ist die Sprache" (Dondelinger 1991). Was als wesentliches Hindernis zur Vermittlung einer europäischen Kultur gilt, hat somit auch Gültigkeit für die Vermittlung europäischer Politik. Die Sprache ist eine Hürde. Nicht die einzige, aber für die Mehrheit der 370 Mio. EU-Bürger eine wichtige, eine bürgernahe. Für das deutsche Wort "Subsidiarität" gab es im Französischen lange keinen Ausdruck, das englische Wort "federal" hat auf Deutsch eine andere Bedeutung; der



Begriff "Union" ist sowohl in Dänemark als auch in Norwegen nationalgeschichtlich so vorbelastet, dass 1992 der Maastricht-Vertrag (im ersten Anlauf) und 1994 der Beitrittsvertrag abgelehnt wurden; die französische Bezeichnung "commissaire" auf Deutsch mit Kommissar zu übersetzen, ist eingedenk der Rolle der Kriminalkommissare oder der Rolle der Kommissare zu russischen Revolutionszeiten auch nicht gerade glücklich. Der Journalist hat also ein breites Feld für Aufklärungsarbeit vor sich.

So richtig setzt das Kauderwelsch aber erst ein, wenn wir uns in die nationalen Briefingräume begeben, wo die Nummer zwei oder der ständige Vertreter über den Verlauf des Coreper bzw. den ASTV berichtet, wo über den strukturierten Dialog mit den Pecos, die Toilettag des Kooperationsvertrags oder die Vorbereitung des Gymnich-Treffens gesprochen wird. Wer kennt schon die nuancierten Unterschiede zwischen Flexibilität, variabler Geometrie, der EU à la carte oder der EU mit verschiedenen Geschwindigkeiten. Das Phasing in ist nicht identisch mit dem Opting in, der grüne Ecu hat einen anderen Wert als der reguläre Ecu, letzterer wird am 1.1.1999 durch den Euro ersetzt. Das Europäischen Wechselkurssystem EWS ist nicht zu verwechseln mit dem Wechselkursmechanismus (des EWS), dieses nicht mit dem Paritätengitter. Eine ständige Vertretung in Brüssel würde man zwar im Volksmund als Botschaft übersetzen, und der Chefbeamte dort ist auch tatsächlich ein Botschafter. Aber die Botschaft Deutschlands oder Österreichs in Brüssel ist dennoch etwas anderes als die ständige Vertretung. Ganz zu schweigen von der Mission eines Drittstaats wie der Schweiz, die zwar auch von einem Botschafter geführt wird, aber weder mit einer ständigen Vertretung noch mit der Botschaft beim Königreich Belgien verwechselt werden sollte.

Doch weiter: Das Kauderwelsch wird bereichert durch Abkürzungen, Kurzbezeichnungen oder Begriffsentlehnungen, die dem Eingeweihten in Brüssel den Schein von Insiderwissen oder Exklusivität verleihen und den Aussenstehenden wie den sprichwörtlichen Esel am Berg erscheinen lassen: Ein A-Punkt oder ein falscher B-Punkt, die Bio-Note oder die IP. Zum guten Ton gehört, dass man den Krokodilklub und den Känguruhclub und den Cosac kennt, die Gemeinschaftspräferenz vom Gemeinsamen Standpunkt und den Kohäsionsfonds vom Strukturfonds und diesen wiederum von der Feoga-Garantie unterscheiden kann. Zahlungsverpflichtungen sind nicht identisch mit Zahlungsermächtigungen. Lipsius, Breydel, Charly, Borschette, IPC und Joyeuse Entrée sind schliesslich Gebäudenamen, die es nicht zu verwechseln gilt. Die EU-Kommission selbst liefert fast täglich Anschauungsunterricht für europäisches Kauderwelsch. In einer ihrer Pressemitteilungen hiess es: EU genehmigt Subventionen der Landesregierung für steirische Felsbrocken im Rahmen des ÖPUL-Programms. Hier fängt doch die Bürgernähe, bzw. eben die

Bürgerferne an. Für den Journalisten ist es mit der Zeit verlockend bequem, sich dieser Akronyme zu bedienen. Dem Leser ist damit aber wenig geholfen.

Nikolaus Van der Pas, Chef der Sprechergruppe in der Europäischen Kommission, stellte dazu am 14. April 1997 fest, dass die EU heute unter einem Rechtfertigungsdruck stehe, den es vor zwei Jahrzehnten noch nicht gegeben habe (Van der Pas 1997). Und er gab - zu meinem Erstaunen - auch öffentlich zu, dass die Gemeinschaft mit substanzielle Sachproblemen zu kämpfen habe. Man denke an BSE, an die gespaltene Haltung gegenüber der Menschenrechtsfrage in China, an die regelmässig aufgedeckten Missbräuche der Agrar- und Strukturpolitik oder an die verheerend hohen Arbeitslosenzahlen, vor allem unter den Jugendlichen. Darüber helfen weder Hochglanzbroschüren noch Grünbücher noch Internet-Auftritt hinweg. Aber Van der Pas gab weitere hochinteressante Begründungen für die Akzeptanzproblematik. Er setzte sich mit der Schwierigkeit auseinander, das Bestehen, die Errungenschaften und die Aktivitäten der EU sachgerecht zu kommunizieren. Nach Van der Pas braucht es vier Bedingungen, damit eine Botschaft glaubwürdig erscheint:

1. eine klar identifizierbare Quelle
2. eine Zielgruppe
3. eine unmissverständliche Botschaft
4. ein stabiles Kommunikationsumfeld

Da hat nun - in der Tat - die EU wenig anzubieten und einen schweren Stand. Ein klar identifizierbarer Emittent existiert selten. Denn für die EU können im Laufe eines Rechtsetzungsverfahrens viele sprechen: die EU-Kommission, die einzelnen Mitgliedstaaten, ein Staatschef wie Jacques Chirac wenn es um die Osterweiterung geht, Lionel Jospin wenn es um das Beschäftigungskapitel geht, das Europäische Parlament zu allem ein bisschen, der Präsident des Europäischen Währungsinstituts, die deutsche Bundesbank etc. Die EU hat keinen König, keine Regierung, sie hat keinen Sprecher, es gibt keinen Präsidenten, und selbst wenn Bundeskanzler Kohl spricht, dann spricht er in erster Linie zunächst als deutscher Bundeskanzler und nicht als Steuermann der EU. Und so kommt es, dass alle ein bisschen mitreden, weil alle ein bisschen mitreden dürfen und auch sollen. Aber eine klare Botschaft, wie sie hin und wieder etwa aus dem Weissen Haus kommt oder aus Downing Street kommt, gibt es nicht. Heute gilt das eine, morgen das andere und falls dieses dementiert wird, gilt es vielleicht übermorgen doch noch.

Auch mit der Identifikation der Zielgruppe hat man Mühe. Von einer europäischen Öffentlichkeit sind wir noch ziemlich weit entfernt. Wo



Bürgernähe fehlt, ist auch die Kommunikationsdistanz gross. Sprachen- und Kulturgrenzen wirken trennend. Wer nicht verstanden wird oder was zu weit weg liegt, wird gerne als Sündenbock herangezogen. "Brüssel" ist eine Paradebeispiel dazu. Oft wird die EU dafür gebrandmarkt, wofür eigentlich die Mitgliedstaaten geradestehen müssten oder für Initiativen, die ursprünglich von den Mitgliedstaaten ausgegangen sind. Die EU wird so mangels Zielgruppe zur Zielscheibe. Peter Ludlow schreibt dazu wörtlich von der "...persistent tendency of national governments or political parties to fasten on the EU institutions as a convenient scapegoat for their own inadequacies" (Ludlow 1997).

Auch die klare Botschaft fehlt meistens. Wo viele (auch nationale) Interessen bestehen, wo alle mitreden und mitentscheiden dürfen, wo ein Rechtsetzungsprozess mindestens drei bis vier Jahre dauert und wo letztlich das Integrationsziel und damit die Finalität diffus und zweideutig bleibt, wo jeder Mitgliedstaat fast jederzeit mit einem Veto drohen kann, wo grundsätzliche Differenzen verbal verdeckt werden, kann es keine klaren Botschaften geben.

Das stabile Umfeld besteht nicht, jedenfalls nicht im Vergleich mit einem Staat traditioneller Prägung. Die EU bzw. deren Kern ist gerade vierzig geworden. Sie hat sich fünfmal erweitert und ihre "Verfassung" dreimal angepasst. Die EU ist, das ist entscheidend, ein Prozess, ein offener dazu, ein kaum berechenbarer. Das Haus ist nicht fertig gebaut, der Plan noch umstritten. Dazu kommt, dass immer irgendwo in den Mitgliedstaaten Wahlen stattfinden, die den "Geschäftsgang" beeinflussen oder behindern, die Köpfe austauschen können. Der sogenannte Kuhhandel, bei dem Sach- oder Personalfragen hinter den Kulissen gelöst werden, kennt kaum Grenzen und wenig parlamentarische Kontrolle.

Fazit: Das stabile Umfeld, wie es etwa in einem Bundesstaat oder - noch mehr - in einem zentralistischen Staat existiert, auf dem ein verlässliche Kommunikation aufgebaut werden könnte, gibt es nicht. Man lebt in der EU - das gilt gerade für Journalisten - in einem Dauerprovisorium. Und das Dauerprovisorium ist nun, vor allem wenn es durch Streitigkeiten charakterisiert ist, die eine Bevölkerungsmehrheit als nebensächlich (aber eine Minderheit als vital) empfindet, eben gerade nicht geeignet, einem fundamentalen Gebot der Kommunikationspsychologie zu entsprechen. Es besagt, dass der Mensch ein Angebot nur dann annimmt, wenn zwei Grundvoraussetzungen erfüllt sind: Die Sache muss ihm erstens vertrauenswürdig und zweitens geeignet erscheinen, seine Probleme zu lösen.

### 2. 3. Die EU zwischen Symbolik und Realität

Ein drittes spezifisches Merkmal des Brüsseler Postens besteht darin, dass sich der Korrespondent mit einem politischen Gebilde beschäftigt, das ständig zwischen Realität und Symbolik oszilliert. Staatlichkeit und Supranationalität hier, nationale Interessenwahrnehmung und pragmatische EU-Netzwerke dort. Anspruch und Wirklichkeit klaffen mithin zuweilen grotesk auseinander. Das wiederum heisst: Erwartungen und Enttäuschungen liegen eng beieinander und der Erklärungsbedarf ist enorm. Nicht nur für Journalisten. Selbst die Politikwissenschaft hat ja ihre Mühe mit der Erfassung und der Erklärung der europäischen Integration. Dies im Gegensatz zum gefestigten Bundesstaat, der ein bedeutend stabileres Umfeld bietet.

Der entscheidende Unterschied zum echten und etablierten Bundesstaat besteht wahrscheinlich darin, dass die EU eben (noch) nicht über eine Polis, also (noch) nicht über ein staatstragendes Volk verfügt, das im demokratischen Prozess angehört werden muss und mitbestimmen kann. So gesehen stellt sich auch die banale Frage, an wen sich denn eigentlich die politische EU-Berichterstattung richten soll. Die europäische Leser- und Wählerschaft gibt es nicht, und es gibt auch keine echte Europawahl. Die als "Europawahl" bezeichnete Parlamentswahl zerfällt ja in Wirklichkeit in 15 nationale Wahlkämpfe. Damit ist auch der Zugang des Journalisten zum Leser - wenn man von Ausnahmen wie dem BSE-Skandal absieht - nur ein indirekter, ein distanzierter. Dieser indirekte Zugang muss immer über die Begründung gefunden werden, wieso das Thema politisch vielleicht doch für den Leser interessant oder relevant sein könnte - obwohl letzterer ja kaum direkten Einfluss ausüben kann. Um Hallstein zu zitieren: Wir sprechen immer noch vom unvollendeten Bundesstaat.

Die angesprochene Besonderheit wird von einem zweiten Element überlagert. Denn dem Gesagten zum Trotz: Die EU hat viele fassbare und praktische Attribute eines Bundesstaats, die für Verwirrung sorgen und beim Leser auch Fragen aufwerfen. So trägt sie insbesondere folgende verführerische Kennzeichen:

- eine Hymne (Schlusschor aus Schillers Ode an die Freude aus Beethovens 9. Sinfonie)
- ein Sternenbanner (ursprünglich das Symbol des Europarats)
- ein "nationaler" Feiertag (9. Mai)
- einheitlich gestaltete Pässe und Führerscheine
- einen staatstragenden Mythos (Europa, Tochter von König Agenor)
- den Grundstein einer Armee (deutsch-französisches Korps)
- das konkrete Projekt einer Währungsunion
- europäische Fussballmeister (die - bis heute - alle aus der EU stammten).



Man mag einwenden, dass keine EU-Briefmarken existieren. Aber dieses nationale Symbol, das auf die 1840 geschaffene Penny Black zurückgeht, verliert in Zeiten von E-Mail und des Internet ja ohnehin an Bedeutung. Zudem gibt es weitere konstituierende Merkmale eines Bundesstaats, die durchaus ernster zu nehmen sind und hier ohne Vollständigkeitsanspruch erwähnt werden sollen. So gibt es

- ein Europäisches Parlament
- ein verfassungsähnliches Schriftstück (EU-Verträge)
- ein Bundesgericht (EuGH)
- genau definierte Aussengrenzen, also ein Staatsgebiet
- EU-Bürger (dank der Unionsbürgerschaft) und damit Ansätze eines Staatsvolks
- Verfassungsähnliche Vertragsbestimmungen, die sich direkt an den Bürger richten
- kein ausdrückliches Sezessionsrecht
- zum Teil verbindliche Mehrheitsabstimmungen (Wegfall des Vetorechts).

Dieses und jenes nahm beispielsweise Detlev Christian Dicke zum Anlass, provozierend vom "real existierenden Westeuropäischen Bundesstaat" zu sprechen. Ist die EU damit also doch bereits ein Bundesstaat? Wenigstens ein heimlicher Bundesstaat? Machmal sind - wie hier - alleine schon Fragen informativ.

Die Literatur und die Realität sprechen, wie könnte es anders sein, eine undeutliche Sprache. Die EU ist nach vorherrschender Auffassung eine Konstruktion und ein Gebilde sui generis. Sie verkörpert eine Superstruktur heterogener Mitgliedstaaten zur Lösung gemeinsamer Probleme. Nach erfolgter Rechtssetzung auf einem Gebiet ist die EU zwar den Mitgliedstaaten in eben diesem Gebiet übergeordnet, so wie Gemeinschaftsrecht Vorrang hat vor nationalem Recht. Bis zur Rechtsetzung wird die EU-Politik aber von den Mitgliedstaaten bestimmt. So gibt es Primär- und Teilkompetenzen. Aber eine präzise Machtverteilung wie in einem gefestigten Bundesstaat, wo der Bund diejenigen Aufgaben hat, die ihm die Verfassung zuweist, ist kaum auszumachen. Natürlich gibt es eine Machtaufteilung, ein Zusammenspiel der Organe, aber dessen Regeln variieren von einem Politikfeld zum anderen. Oft ändert sich die Machtverteilung auch im Entscheidprozess. Manchmal ändert sie sich auch einfach mit der Zeit (etwa die spontane britische Vetopolitik als Reaktion auf das aus Brüssel verhängte Rindfleischausfuhrverbot). Typisch ist also nicht die Kompetenztrennung, sondern die Kompetenzverflechtung. Hierarchie, Gewaltenteilung und Gewaltenzuordnung haben in der EU somit einen anderen Stellenwert als im Bundesstaat. Andernorts bestehen klare Entscheidungsregeln und laufen berechenbare Prozesse ab - in der EU wird verhandelt, und zwar über alles: Über Personen, über Standorte, über



Sachgeschäfte, über Bezeichnungen, über Zeitpunkte, über Programme, über Worte usw. Das gilt es dem Leser klarzumachen.

Dieses und jenes mag erklären, wieso man mit den gängigen Theorien der internationalen Beziehungen der sich in Europa vollziehenden Integration nur teilweise gerecht wird. Mit dem Bild eines flexiblen Netzwerks, das hier verstärkt, dort ausgebaut, an anderer Stelle geflickt oder gelockert wird, das verschiedene Ebenen verbindet oder gar unzugängliche Stellen erschliesst und Trennungen überwindet, kommt man der komplexen EU-Realität vielleicht am nächsten. Aber wie soll man das erklären, wie in Worte fassen, dem Leser erschliessen, da wir doch alle seit vier bis fünf Generationen in nationalstaatlichen Kategorien denken ?

Denn die Architekten dieser Konstruktion, die seit "Maastricht" auf drei unterschiedlichen Säulen ruht, haben ja schon zuvor einiges auf den Kopf gestellt: Der Rat ist kein beratendes Gremium, sondern die Legislative. Aber diese Legislative besteht aus Mitgliedern der (nationalen) Exekutive. Diese sind zwar zuhause gewählt und legitimiert und unterstehen damit der Wiederwahlrestriktion, aber auf EU-Ebene gilt weder das eine noch das andere. Hier ist das Sanktionspotential des Wählers also praktisch ausgeschaltet. Das schafft nicht nur erhebliche Distanz zwischen Wähler und Politiker, also zwischen dem Bürger und der EU, sondern hat auch konkrete Folgen: diese Absonderung liefert nämlich Anreize zur Verlagerung unpopulärer Entscheide, die nicht Wählerpräferenzen entsprechen, auf die EU-Ebene. Daraus entsteht die Sündenbock-Funktion der EU, die Ludlow angesprochen hat. Damit wird sie in der Öffentlichkeit nicht populärer, im Gegenteil: die Integration schreitet zwar voran, aber gleichzeitig muss die EU verbale Rückzugsgefechte führen. Die sich multiplizierenden Bekenntnisse zu Begriffen wie "Subsidiarität", "Transparenz", "Bürgernähe" sind Ausdruck dieser verbalen Rückzug- und Rechtfertigungsgefechte.

Dem Wähler ist der direkte Zugriff auf und die unmittelbare Kontrolle der Brüsseler Entscheide weitgehend verwehrt. Erstens sind die Informationskosten für die meisten eher hoch, zweitens behindern ihn oft auch kulturelle und sprachliche Schranken. Um so zahlreicher sind seine "Stellvertreter" in Brüssel: Lobbyisten, Verbände, Dachverbände, Kommunen- und Ländervertreter etc. Deren Zahl wächst. Ob er sich dadurch aber auch ausreichend vertreten fühlt, steht auf einem anderen Blatt. Seine rationale Ignoranz scheint eher zu wachsen. Brüssel wird eher als ferne, technokratische Macht empfunden, die in den letzten Jahren zwar gewaltige Informationsanstrengungen unternommen und Symbole entwickelt hat, im täglichen Spiel um Macht und Entscheide den Bürger aber nach wie vor auf der

Zuschauertribüne belässt. Dieser Sachverhalt lässt sich nicht leugnen. Da hilft nicht einmal das "Totschlags-Argument", die EU diene weiterhin dem Frieden auf dem Kontinent. Denn mit einem Dauerzustand, der Normalzustand bleiben soll, kann man schlecht werben.

### 3. Veränderungen im Journalismus

Noch nie waren Daten, Nachrichten und Informationen so rasch, so umfangreich und so billig zu haben wie heute. Schenkt man Umfragen Glauben, stecken die Medien dennoch in einer Glaubwürdigkeitskrise. Es scheint, dass sie bei der Aufgabe versagen, mit kontinuierlichen Sachinformationen Ereignisse zu werten und Zusammenhänge herzustellen. Das gilt auch für die Berichterstattung über die EU. In diesem Kapitel wird versucht, die Ursachen zu beleuchten.

#### 3.1. Wirklichkeitskonstruktion ?

Bei Weischenberg liest man unter dem aufschlussreichen Titel "Journalismus als Wirklichkeitskonstruktion" (Weischenberg 1992): Die Bereitstellung von Themen für die aktuelle Medienkommunikation folge nicht der Realität. Die Medien lieferten vielmehr Wirklichkeitsentwürfe; die Journalisten konstruierten Wirklichkeit. Die Medien würden bei der Entwicklung von Wirklichkeitsangeboten mithelfen. Massstab für die Relevanz von Wissen sei nicht mehr die Wahrheit oder die Realität, sondern die individuelle Nützlichkeit von Informationsangeboten in der Umwelt. Fazit: Selbstdeutungen anstelle von Wissen bzw. - um einen modernen Begriff aus dem Geist der Aufklärung zu verwenden - anstelle von Wissenwollen. Hat sich da nun echt etwas verändert oder sind die Journalismusforscher einfach nur klüger, gewissermassen "realistischer" geworden ?

Ganz neu ist das Spannungsfeld zwischen "echter" Realität und der Medienrealität natürlich nicht. Zeitungsnachrichten haftete immer ein Restrisiko mangelnder Präzision oder gar der Unwahrheit an. Ein Blick in die Geschichte genügt. Journalisten wurden den auch gerne als "Agenten der Gelegenheitsvernunft", als "Tagesschriftsteller" oder ganz einfach als "Störenfriede" bezeichnet. Für Karl Marx waren es Leute, die ihren Beruf verfehlt haben. Kurz: eine Landplage. Eine Gilde, die sich zudem erdreistet hat, die Herrschaft des Buches, das in Westeuropa lange vor der Zeitung auftauchte, in Frage zu stellen. McLuhan beschreibt die Presse denn auch als mosaikförmige Nachfolgerin des Buches, die dem literarisch ausgerichteten Menschen wegen ihres pausenlosen Einsatzes schon damals minderwertig vorkam. Niklas Luhmann zitiert in seinem Buch "Die Realität der



Massenmedien" eine britische Komödie aus dem Jahr 1625, in der ein Zeitgenosse, Ben Johnson, die serielle Produktion von Neuigkeiten schon damals als Beweis anführte, dass es sich beim Nachrichtengeschäft um Betrug handeln müsse (Luhmann 1996). Die Zeitungen, die sich vom reinen Nachrichtengeschäft lösten und nicht nur aufzählen, sondern in erster Linie aufklären wollten, sich also konsequent und idealistisch der Realitätsabbildung verpflichtet fühlten, kamen erst später gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf, so auch - 1780 - die NZZ.

Das Spannungsfeld, das also offenbar immer latent zwischen der Realität und den Medien lag, scheint sich nun aber zu verstärken. Luhmann schreibt: "Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, dass wir diesen Quellen nicht trauen können." Und: "Man wird alles Wissen mit dem Vorzeichen des Bezweifelbaren versehen ....." (Luhmann 1996). Ein NZZ-Leserbrief (vom 7. Oktober 1997) von Fritz Moser (Russikon) enthielt folgende Passagen: "Unvollständige, einseitige, tendenziöse, oft willkürliche Interpretationen einzelner Journalisten stehen in krassem Widerspruch zur ursprünglichen Raison d'être der Medien, nämlich der möglichst objektiven Berichterstattung.....Der Leser, Zuhörer oder Zuschauer erliegt dabei dem Irrtum, dass alles, was publiziert wird, gleich Wahrheit ist, denn es ist ja öffentlich".

Ferner muss es nachdenklich stimmen, wenn die Financial Times schreibt: "There is a widening mistrust of much of what appears in newspapers and televisions..." (Baker 1997). Warum? Weil die konstante Versorgung mit leicht konsumierbaren Skandalen abstumpfe und diese als wenig glaubwürdig erscheinen lasse. Und der Autor des FT-Artikels liefert gleich ein Beispiel: Die Skandale um Präsident Clinton und die Vorwürfe an Vizepräsident Gore (wegen unlauterer Geldbeschaffung) hätten keinen Einfluss mehr auf deren Popularität (ratings). Fazit: der leichfertige Umgang mit der Wirklichkeit schlägt offenbar zurück - als Glaubwürdigkeitsverlust der Medien. Das hat Folgen. Denn eine in der Glaubwürdigkeit angeschlagenen Presse ist weder in der Lage Politik informativ zu vermitteln, noch Zusammenhänge darzustellen. Sie ist auch nicht dafür geeignet, ihre Funktion als Gegenmacht auszuüben. Das gilt generell, es gilt aber auch für die EU.

Nun gibt es Tendenzen, die hier als Verstärker wirken. Ob man nun von new journalism, Infotainment, neuen Medien, Mikro-Publika, dem digitalen Journalisten, der Informations- und Wissensgesellschaft oder sogar Modernisierungsimpulsen für die Demokratie spricht, immer werden damit auch berufliche Veränderungen und neue Arbeitsbedingungen im Journalismus angesprochen. Hier sind - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - ein paar

prägende Elemente auszumachen, die vielleicht ein bisschen mithelfen, Weischenbergs "mediale Konstruktion der Wirklichkeit" oder Niklas Luhmanns "Medienrealität" näherzukommen: Da ist zunächst die unverkennbare Dominanz des Bildes, das ja immer nur spektakuläre Ausschnitte zeigt, die wachsende Geschwindigkeit der sich jagenden Ereignisse und der Hunger nach News, eine immer grössere Stofffülle, die in professionellem Gewand daherkommt, und deren Multiplikation über immer mehr Kanäle, der fatale Trend zur Kürze und zu Häppchenjournalismus, ein Hang zu Spekulationen und Teilwahrheiten, immer deutlichere Polarisierungen, Personalisierungen und Provokationen als Mittel.

Und für all diese Veränderungen, die sich natürlich auch mit dem Modebegriff "Infotainment" übersetzen lassen, gibt es unverdächtige, positive besetzte Decknamen. Das Bild kommt als authentische "Dokumentation" oder als "Augenzeuge" daher, Geschwindigkeit heisst "Aktualität", Stofffülle wird mit "Information" verwechselt, alles Kurze ist "auf den Punkt" gebracht, flankiert von der Polarisierung, die ohne Storykiller (das heisst: ohne Relativierung) auskommen will. Ständiger Schatten der Polarisierung ist die Personalisierung, die - obwohl sie oft Akteure in ihrer Persönlichkeit verletzt - den Geschichten den human touch verleiht. Die Spekulation schliesslich, also die vermeintliche Vorhersage der Zukunft, wird als "Scoop" oder Vorausinformation verkauft und setzt - ob falsch oder richtig - die Agenda. Ist mithin die Aussage und der Ratschlag, die uns Walter Lippmann vor fünfzig Jahren auf den Weg gegeben hat, so aktuell wie noch nie und gilt unumschränkt: Wir haben alle Bilder in unseren Köpfen und um der Wahrheit willen müssen wir ihnen misstrauen? Oder wollen wir diesen tradierten Gedanken etwas bearbeiten und selbstkritisch sagen: Wir Journalisten kreieren Bilder in den Köpfen anderer, und um der Wahrheit willen müssen wir vorsichtig damit umgehen.

Was hat das mit Brüssel zu tun? An einem Medienplatz wie Brüssel, wo sich seit 1990 die Zahl der Journalisten verdoppelt hat, sind die kurz skizzierten Veränderungen, auf die im folgenden genauer eingegangen wird, nicht spurlos vorbeigezogen. In 200 europäischen Zeitungen werden ja pro Monat rund 11'000 Artikel über die EU publiziert. Das entspricht durchschnittlich 55 Beiträgen pro Zeitung. Das heisst, dass im Durchschnitt in jeder Zeitung pro Tag etwa zwei Artikel erscheinen, die die EU betreffen. Und weil Europa nicht nur in seiner Geschichte (und trotz seiner Geschichte), sondern insbesondere auch von Geschichten lebt, ist nicht ganz unerheblich, was in Brüssel geschrieben wird.



### 3. 2. *Das Bild hat das Wort*

Betrachten wir den ersten Trend etwas näher. Saxer kommt in einem Aufsatz zum Thema "Medien und Politik in der Schweiz" zum Schluss, dass wir am Übergang von der Wortkultur zur optischen Kultur stehen (Saxer 1993). Die Zunahme des Bildjournalismus sei kaum bestritten, massgeblich als Folge des Fernsehens mit den Möglichkeiten der Selbstdarstellung der politischen Akteure. Unvergesslich ist in diesem Zusammenhang eine Episode während eines EU-Aussenministerrats in Luxemburg. Der deutsche Aussenminister Klaus Kinkel liess sich beim Thema "Jugoslawien" von Staatssekretärin Seiler-Albring vertreten, und entsprechend orientierte sie in einer kurzen Pause die anwesenden Journalisten im deutschen Delegationsbüro (wo schweizerische Medienvertreter traditionell Gastrecht geniessen). Kurz vor 17 Uhr unterbrach sie die Pressekonferenz und bat um Verständnis dafür, dass sie jetzt kurz das heute journal sehen möchte. Zuvor nämlich hatte das ZDF mit ihr ein Interview geführt. Und die staunenden Vertreter der Presse wurden durch die Zwangspause Zeuge der Bedeutung, die eine Staatssekretärin ihrem eigenen TV-Auftritt beimass.

Das Bild hat also das Wort. Auch so kann man die Wahl von Pipilotti Rist als Generaldirektorin der schweizerischen Expo für 2001 erklären. Als Videastin sind Bilder und Visionen ihr Métier. Die Schweiz war begeistert von der Wahl. Endlich etwas neues, ein Impuls aus der optischen Kultur; weg vom Buchdruck, weg von der Konzentration und der abstrakten Schwerfälligkeit, hin zum gefühlsbetonten Direkterlebnis. Denn Eli M. Noam, Direktor des Columbia Institute for Tele-Information an der New Yorker Columbia University, schreibt dazu: "Visuelle Medien eignen sich gut zur Vermittlung von Gefühlen. Schrift transportiert abstrakte Inhalte besser" (Noam 1996). Aber auch das wird sich laut Noam bald ändern durch das Medium der Zukunft: den Comic Strip. Die Schweiz zeigt also durch die Expo ihr modernes, zeitgemässes Gesicht. Und dies ausgerechnet zum Zeitpunkt, da uns die belastende Schriftlichkeit der Holocaust-Vergangenheit einholt. So gesehen ein genialer Schachzug. Der Tages-Anzeiger formulierte es am 8. August 1997 treffend: die Landesausstellung könne ein räumliches Gedicht über die Schweiz werden. Die Expo solle nicht reden, sie solle zeigen. Lester Thurow beschreibt in seiner direkten Sprache, die ihn auszeichnet, diesen mächtigen Zeitgeist mit anderen Worten: "One has to learn to read. It requires work, time, and investment. One does not have to learn to watch the TV set. It requires no effort. That difference is a big difference" (Thurow 1996).

Ben Knapen, der ehemalige Chefredaktor von NRC Handelsblad, stellt zur Wirkung von Kameras fest: Im zurückliegenden Zeitalter der ausschliesslich gedruckten Presse wurden die Massenmedien als Botschafter betrachtet, die

über Ereignisse berichteten. Journalisten zeichneten auf, was sie sahen, und schrieben nach bestem Wissen und Gewissen. Diese Zeiten seien längst vorbei. Jeder kenne die Wirkung der Anwesenheit von Kameras bei Demonstrationen (Knapen 1996). 1989 in China (anlässlich des Besuchs von Gorbatschow) und in Osteuropa seien sie Ansporn zur Revolution gewesen. Der Hinweis hat seine Gültigkeit bezüglich der Demonstrationen in Belgrad: Hätten die Demonstranten, die für die Anerkennung der Wahlresultate auf der Strasse ausharrten, ohne die Gewissheit, dass die halbe Welt ihnen zusah, auch wochenlang ausgeharrt? Zwei Jahre zuvor hatten die Bilder angeketteter UN-Soldaten in Jugoslawien Ohnmachtsgefühle hervorgerufen, die - zusammen mit anderen Faktoren - das Terrain für militärische Gegenschläge ebneten. An den Golfkrieg erinnert man sich in erster Linie dank den in Flugzeugen installierten Kameras, die sogenannte Präzisionswaffen - wie beim Nintendo-Spiel - dem Fadenkreuz folgend ins Ziel steuern. Knapen zitiert dazu eine Umfrage des amerikanischen Fernsehnetzes ABC drei Wochen nach Ausbruch des Golfkriegs. Die Mehrheit der Befragten hat demnach ungefähr folgende Antwort gegeben: "Die High-Tech-Videobilder seien phantastisch, aber die Journalisten, die Politikern langweilige Fragen stellten, störten und seien überflüssig" (Knapen 1996).

Nun lässt sich angesichts der Bedeutung, die das Bild erlangt hat - und über die zuvor (im Kapitel "Kauderwelsch") gemachten Betrachtungen hinaus vielleicht besser erklären, weshalb die Europäische Union bezüglich Kommunikation einen schweren Stand hat: sie lässt sich kaum bebildern. Was wir von der EU sehen, sei es über Bildagenturen oder am Fernsehen, geht über Bürogebäude, wehende Fahnen, schwarze Limousinen und Menschen in dunklen Anzügen mit Krawatte selten hinaus. Die Ausnahme, der ehemalige dänische Aussenminister Uffe Ellemann Jensen, der zum EU-Gipfel (im Juni 1992 in Lissabon) aus Anlass des Fussball-EM-Endspiels zwischen Dänemark und Deutschland mit einem Fan-Halstuch erschien, bestätigt bloss die Regel. Besser ist jedermann die BSE-Krise in Erinnerung. Die Bilder der torkelnden Tiere prägten sich gut ein - und prägten entsprechend das Bild der EU in der Öffentlichkeit. Sonst aber wirken alle Illustrationsversuche platt oder gekünstelt. Etwa der Versuch des ZDF-Korrespondenten am EU-Gipfel in Dublin: Weil es auch da um den Zeitplan zur Einführung des Euro ging, begab er sich mit seiner Kamera zu einer Wahrsagerin. Sie und die Glaskugel sollten dem Zuschauer die Frage beantworten: Kommt der Euro oder kommt er nicht? Damit lässt sich der Zuschauer zwar vielleicht vor die Glotze binden, viel Informationen über den Gipfel erhält er dadurch aber nicht. Auch der Gipfel von Amsterdam lieferte dazu Anschauungsmaterial. Es gab, abgesehen von den Demonstrationen, ein Bild, das in allen Zeitungen und auf allen Fernsehkanälen zu sehen war: die EU-Staats- und Regierungschefs als Radfahrer. Eintracht und



Bürgernähe lautete die Botschaft. Aber von Eintracht am EU-Gipfel in Amsterdam konnte eben gerade nicht die Rede sein. Fazit: Die Visualisierung der EU verkörpert eine grosse Herausforderung. Sie könnte sogar in die Akzeptanzdiskussion einfließen. Unter diesem Blickwinkel erhält die physische Einführung des Euro eine entscheidende Bedeutung.

Die Macht der Bilder stand auch im Zentrum einer Untersuchung des Duisburger Psychologieprofessors Siegfried Frey. Nach sechsjährigen Untersuchungen, die er zusammen mit französischen und amerikanischen Forschern betrieb, kommt er zum Schluss, dass Nachrichtenclips von drei bis zehn Sekunden genügen, um bei Zuschauern feste Urteile über Politiker zu bilden (Focus 1997). Das Grosshirn werde gar nicht eingeschaltet, das Auge alleine genüge völlig. Es gibt offenbar eine visuelle Interpretation, die sehr schnell einsetzt, noch vor dem Nachdenken. Daraus entstehen Vorurteile. Wieviel schwieriger ist es da, via Zeitungsartikel für eine Sache einzutreten. Der visuelle Ausdruck, die Körpersprache, ist einfacher, schneller und bequemer. Jetzt versteht man besser, wieso der Sturz von Bob Dole im Präsidentschaftswahlkampf von 1996 so peinlich war. Russell Baker schrieb dazu in der Herald Tribune unter dem bezeichnenden Titel "Let's Get Visual", dass Dole mit Sicherheit dabei nicht so ausgesehen habe, als könne er (wie Franklin D. Roosevelt) für vier Amtszeiten gewählt werden. Der Vergleich mit FDR ist auch aus einem anderen Grund interessant: Könnte ein Mann oder eine Frau im Rollstuhl heute überhaupt noch als Präsidentschaftsanwärter antreten? Mit Sicherheit würden sich die Medien heute nicht mehr die Selbstbeschränkung aufliegen lassen, den Mann oder die Frau nur ohne Rollstuhl abzubilden.

### 3. 3. Zeit, Zeitdruck und Geschwindigkeit

"Etre pressé est toujours un signe de faiblesse". Das erhabene Wort stammt vom schweizerischen Staatssekretär Franz Blankart. Auch damit hat er die EWR-Verhandlungen geprägt, wie sonst keiner. Er hat die Losung vor den Medien in Brüssel mehrfach wiederholt und in den Verhandlungen vorgelebt. Und damit die Journalisten (und wohl auch ein paar Unterhändler) in Brüssel fast zur Verzweiflung gebracht. Denn dem Zeitgeist, den Arbeitsbedingungen und den Erwartungen in den Redaktionen entsprechen heute weder langwierige Verhandlungen noch die Blankart'sche Haltung.

Zeitdruck und Geschwindigkeit prägen denn auch die Brüsseler Medienszene. Diese Beschleunigung (und ihre Folgen) sind - neben dem Aufkommen der Bildkultur - ein zweites wesentliches Merkmal im Journalismus. Damit selbstredend auch im EU-Journalismus. Aber noch mehr: Sie ist ein weltumfassendes Phänomen geworden. Paul Virilio, der französische



Philosoph und Geschwindigkeitstheoretiker, spricht davon, dass sich die grossen wirtschaftlichen und kriegerischen Auseinandersetzungen auf einem neuen Feld abspielen werden, auf dem Gebiet der Rechengeschwindigkeit. Und er führt gleich ein nachvollziehbares, wenn auch harmloses Beispiel an: Gary Kasparov hat laut Virilio gegen Deep Blue alle Blitzschachpartien verloren. Er konnte - und auch nicht immer - nur dann gewinnen, wenn er seine zwei Stunden Bedenkzeit zur Verfügung hatte.

Für Prof. Ignacio Ramonet, den Direktor von Le Monde diplomatique, steuert die Beschleunigung, mithin die Geschwindigkeit, auf einen klaren Referenzwert zu: auf die Lichtgeschwindigkeit (Ramonet 1997). Lichtgeschwindigkeit prägte nicht nur die alten neuen Medien, also Radio und Fernsehen. Nach Ramonet gilt dies insbesondere auch für das echt neue Medium, das die Verschmelzung von Ton, Bild und Text erlaubt: Multi-Media-Anwendungen, die dank der Integration von PC und Internet möglich geworden sind und unter dem Stichwort "Media-Konvergenz" wohl bald auch den Fernseher einbeziehen werden. Die Beschleunigung bezieht sich aber nicht nur auf die Übermittlung; auch die vorgelagerten journalistischen Knochenarbeiten, wo der Zeitdruck ohnehin schon omnipräsent ist, erfahren eine Steigerung der Kadenz.

Die Beschleunigung wird durch ein modernes Arbeitshilfsmittel verkörpert, gleichzeitig symbolisiert, und manchmal karikiert: durch das Handy. Europaweit erst richtig einsetzbar, seit sich der digitale GSM-Standard durchgesetzt hat, schlug seine wirkliche Sternstunde in Brüssel am 1. August 1993. An diesem Tag starb nicht nur der belgische König; auch das alte Europäische Währungssystem (EWS) stand am Abgrund, lag auf der Intensivstation und wurde nur durch eine starke Ausweitung der Bandbreiten des Wechselkursmechanismus gerettet. In der entscheidenden Nacht - knapp ein Jahr zuvor (September 1992) waren die Lira und das britische Pfund ausgetreten - herrschte Hochspannung, und ein bisschen Wettbewerbsverzerrung. Denn die einen Agenturjournalisten hatten ein Handy, die andern nicht. Die einen standen locker telefonierend auf dem Trottoir vor dem Centre Borschette, die andern drängten sich drinnen um die wenigen Telefonanschlüsse. Für Agenturjournalisten, neben den Radioleuten die gehetztesten im Berufsstand, setzte mit dem Handy mithin ein neuer Rüstungswettlauf an. Die Beschleunigungsspirale wurde steiler und enger. Das französische Wort bringt es am besten zum Ausdruck: immédiat.

Ein Beispiel vom Amsterdamer EU-Gipfel dazu: Am zweiten Tage des Gipfeltreffens, am 17. Juni 1997 gegen 23 Uhr 45, als alle Artikel bereits geschrieben und gesendet waren, machte das Gerücht die Runde, die Staats-

und Regierungschefs hätten die institutionelle Reform fallengelassen und sie würde auf später verschoben. Um 23 Uhr 50 fingen die spanischen Kollegen ihren Pressesprecher ab, der das Scheitern mit wenigen Worten bestätigte. Fünfzehn Minuten später - es war 00 Uhr 05 - hatte ich meinen zuvor gegen 20 Uhr 00 nach Zürich geschickten Bericht (in Titel, Lead und Text) so überarbeitet, dass er dieses entscheidende Element als Kernaussage enthielt. Damit war diese Wende um Mitternacht zumindest in der Zeitungsausgabe, die am anderen Morgen in der Region Zürich erhältlich war, enthalten. Aber es war dann doch das erstemal, dass ich mich bei der Datumzeile fragen musste, ob ich für die NZZ-Ausgabe vom Mittwoch 18. Juni die Datumzeile "Amsterdam, 17. Juni" oder "Amsterdam, 18. Juni" schreiben sollte. Ich entschied mich für die erste Variante. Nicht aus Bescheidenheit, sondern weil ich mir sagte, dass der Leser sonst einen Druckfehler vermuten würde.

In seinem Beitrag über Qualitätssicherung im Journalismus schreibt Hermann Schreiber, dass der Abstand zwischen dem, was in der Welt vor sich geht, und der Mitteilung darüber immer geringer wird. Er tendiere gegen Null. Damit werde in letzter Konsequenz Gleichzeitigkeit zwischen dem Ereignis und der Berichterstattung angestrebt. Das Zauberwort, das die Nachrichtenggebung also immer stärker prägt, heisse "live". Und dadurch - so folgert er - tendiert ein Zweites gegen Null: der Informationsgehalt. Das könne gar nicht anders sein. Denn wer ein Ereignis beschreiben oder bewerten müsse, während es noch stattfindet, habe keine faire Chance, dieses in Zusammenhänge einzuordnen oder Hintergründe deutlich zu machen (Schreiber 1996). Am nächsten Tag, das ist das Problem, wird die Analyse durch neue Tagesaktualitäten, sogenannte neueste Nachrichten konkurriert, verdrängt. Hans Hadler, der während dreier Jahrzehnte aus Brüssel für Die Welt berichtete, fasste das journalistische Dilemma des heutigen Zeitdrucks so zusammen: "Entweder informiere ich mich, oder ich schreibe. Beides zusammen geht nicht."

Manchmal aber geht es doch daneben. Weischenberg zeigt an einem Beispiel auf, wie Aktualität für den Journalisten zur Falle werden kann, wie unter Zeitdruck falsche Analysen geliefert und Ereignisse vorschnell eingeordnet wurden: die Berichterstattung über den gescheiterten Putsch von August 1991 gegen Michail Gorbatschow. Theo Sommer, der ehemalige Chefredaktor der Zeit, verkündete am 23. August "Michail Gorbatschows Ende und Erbe". Der Stern kommentierte am 22. August mit "Das bittere Ende". Die etwas abgeklärtere FAZ schrieb darauf eine Glosse mit dem Titel "Nahblindheit" über die Anmassung der Journalisten, laufende Ereignisse bereits aus historischer Distanz einordnen zu wollen. Wer die Zeit nicht abwarten könne, für den gelte Gorbatschows umgekehrte Weisheit: Wer zu früh



kommt, den bestraft das Leben. Das Beispiel illustriert bestens, was Ignacio Ramonet meint, wenn er sagt, dass seriöser Tagesjournalismus in dieser beschleunigten Welt eigentlich gar nicht mehr möglich ist.

Die Beschleunigung macht vor keinem Ressort halt. Sogar der Literaturteil der Zeitungen ist davon erfasst. Neue Werke bekannter Namen müssen besprochen und analysiert sein, bevor sie auf dem Buchmarkt sind. Claire Menck spricht über die "Urteilsrichter" in der Literaturkritik: Es gehe nicht mehr um den eigentlichen Gegenstand der Kritik, sondern um den mediengerechten Kritikertext, der nur noch auf sich selbst verweist. Entscheidend sei der Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums. Je prominenter der Gegenstand, umso irrwitziger der Wettlauf um die gegenseitige Überbietung. Höhepunkt der Medienhysterie sei das Wettrennen darum, wer die Sperrfrist für den neuen Grass-Roman am schnellsten bricht. Bei Erscheinen - schreibt sie - war das Buch schon totrezensiert (Menck 1996). In das Kapitel der "live"-Besprechung gehört ihre Beobachtung, dass in der im Deutschlandfunk ausgestrahlten Sendung "Büchermarkt" ein Rückgang der Rezension zugunsten der Autoreninterviews festzustellen sei. Ihr Fazit: Talk und Infotainment statt subtil analysierender Kritik.

Damit muss auch das bekannte Bild von Schopenhauer, wonach Zeitungen die Sekundenzeiger der Geschichte sind, ergänzt werden. Geschichte sei - so Saxer - aus der Sicht radikal-konstruktivistischer Übertreibung selbst eine Kreatur der Medien geworden (Saxer 1996). Die Medien seien nicht mehr, oder nicht mehr nur, Sekundenzeiger, sondern auch Zeitmanager geworden: Der Golfkrieg sei zur Hauptsendezeit des amerikanischen Network-Fernsehens begonnen worden (sehr zum Leidwesen der europäischen Zeitungen, die mit dem Redaktionsschluss zu kämpfen hatten), Olympische Spiele würden zeitlich verlagert, zwecks Synchronisation mit den Medien. Nun gibt es in der EU weder Olympische Spiele noch Golfkriege; aber es gibt andere Grossanlässe für EU-Matadore: etwa EU-Gipfel. Und hier gilt, was bei Saxer dazu steht, nämlich dass ein komplexes Zeitmanagement gefragt sei, da ganz verschiedene Zeitsysteme koordiniert werden müssen. Das Problem stellt sich als "dasjenige des Zusammen- bzw. Aufeinander- und Gegeneinanderwirkens verschiedener Eigenzeiten dar: derjenigen von Medien selbst, derjenigen von Sozialgebilden und derjenigen von Publika." Damit steigt naturgemäss der Zeitdruck. Denn wenn nicht mehr nur die Berichterstattung über ein Ereignis verlangt wird, sondern wenn die Medien das Ereignis gewissermassen vor sich her treiben, entwickelt sich der punktuelle Zeitdruck zum Dauerzustand. Wie wichtig oder wie schwierig die Synchronisierung der Zeiten geworden ist zeigt ein banales, aber eminent praktisches Beispiel aus dem Alltag: das Für und Wider um die

Sommerzeit und die damit einhergehenden Umstellungen, die jedes Jahr wieder Thema der EU-Aussen- und Agrarminister sind.

Es geht - um zwei weitere Beispiele zu nennen - heute nicht mehr nur um die Berichterstattung über das Ergebnis von Verhandlungen mit der EU oder um das Ergebnis einer Parlamentswahl. Heute wird jeder Schritt eines Unterhändlers vor der Haustüre, jeder Spaziergang mit EU-Kommissar Monti im Engadin zur Story. An solchen Thematisierungen, vor allem wenn sie von Hypothesen und Spekulationen begleitet sind, kann die Politik nicht mehr vorbeischaun. Denn aus den provokativen Fragen der Medien werden, dank der multiplikatorischen Macht der Medien, bald die besorgten Fragen des Publikums und daraus bald die ernstesten Fragen der Politiker. Aus dem Bedürfnis, alles schon vor dem Ereignis zu wissen, vom Ereignis nicht mehr überrascht zu werden, ist die Wahlprognose und der Ankündigungsjournalismus entstanden. Dadurch gibt es bei Wahlen entweder gar keine Verlierer mehr, oder Doppelverlierer: Bei den Parlamentswahlen in Spanien im Frühjahr 1996 schnitt der (geschlagene) sozialistische Ministerpräsident Gonzales im Vergleich mit den Wahlprognosen so gut ab, dass auch er als Wahlsieger gefeiert werden konnte. Der Wahlsieger, Aznar, erweckte denn auch - obwohl jubelnd - den Eindruck eines Verlierers.

Der Ankündigungsjournalismus, der besonders in Brüssel Blüten treibt und darin gipfelt, dass man voraussagt, welcher Minister was sagen und was die Kommission (wahrscheinlich) entscheiden wird, führt mitunter dazu, dass das eigentliche Ereignis zum späteren Zeitpunkt untergeht. Hierin ist die Financial Times Europameister: In ihren Vorberichten zu Ministerratssitzungen oder Kommissionsvorschlägen steht meistens am morgen schon ausführlich, um was es geht, wer welche Haltung vertritt und wie das Geschäft (wahrscheinlich) ausgehen wird. Die Woche vom 6. - 13. Juli 1997 war in dieser Beziehung beispielhaft: Insgesamt viermal ging die FT auf die Frage ein, welche osteuropäischen Länder wohl mit einem positiven Avis zur Beitrittsfähigkeit rechnen könnten. Der Entscheid darüber fiel am 15. Juli, bekanntgegeben wurde er am 16. Juli. Am Tag des Ereignisses selbst ist die Angelegenheit für die Ausgabe am nächsten Tag kaum mehr der Rede wert. Der Leser will, so scheint es, bereits auf den nächsten Tag vorbereitet werden. Er will nicht überrascht werden. Und dieses Bedürfnis, schon informiert zu sein, bevor es passiert, ist letztlich die surreale Steigerung des Real-time-Zustandes. Aber: Kann diese "Information" informativ sein?

In den Worten Saxers heisst dies, dass die Medienzeit immer stärker die politische Zeit (die lineare bzw. deren Zyklen) ablöse. Mein Kollege Hans Hadler hat auch für diese Art der Berichterstattung eine Erklärung: Es sei



letztlich immer einfacher, einen Vorbericht über etwas zu schreiben, als den genauen Werdegang einer Verhandlung und deren Ergebnisse wiederzugeben. Günter Prinz, der ehemalige Bild-Chefredaktor, wird bei Weischenberg mit folgenden Worten zitiert: "Wat morjen passiert, musste heute schreiben - nich umgekehrt" (Weischenberg 1992).

### 3. 4. *In Kürze auf den Punkt verfälscht*

Aus persönlichen Gesprächen, die ich mit vier langjährigen EU-Korrespondenten - Rainer Hellmann (VWD), Jean Burner (AP), Hans Hadler (Die Welt) und Jörg Thalmann (Basler Zeitung) - geführt habe, lässt sich auf eine weitere Grundtendenz im Journalismus schließen: Je kürzer desto besser. Von der NZZ einmal abgesehen liegt die Standardlänge bei Tageszeitungen mittlerweile bei 80 - 100 Zeilen, was etwa 4500 bis 5000 Zeichen entspricht. (Bei der NZZ werden ausnahmsweise immerhin 8000 Zeichen toleriert, in Sondergefässen wie "Blickpunkt", "Zeitfragen" oder dem "Focus" sogar deutlich mehr.) Bei Agenturen liegt die Schmerzgrenze bei 60 Zeilen. Im Radio gelten 1.30, also ein Beitrag von 90 Sekunden als Obergrenze. Von Hans Peter Hagemes, dem ehemaligen dpa-Korrespondenten in Brüssel und heutigen Mitarbeiter des privaten Fernsehsenders Pro Sieben erhielt ich die Auskunft, dass sein längster Beitrag bisher bei 2 Minuten gelegen habe.

Eine interessante Analyse zur Kürze der Nachrichtenbeiträge im Fernsehen liefert Garrick Utley, der früher als Korrespondent für NBC News und ABC News unterwegs war und heute für CNN arbeitet, in der Zeitschrift *Foreign Affairs*. Während in den sechziger Jahren die Beiträge in der abendlichen Nachrichtensendung zwischen zweieinhalb und fünf Minuten lagen, zähle man heute noch Beiträge von maximal eineinhalb Minuten. Früher habe der Fernsehkorrespondent mit seinem Auftreten dem Bericht Gewicht und Glaubwürdigkeit verlieht. Ausgangspunkt und gleichzeitig Sternstunde war dabei das Attentat auf Präsident Kennedy 1963. Damals hingen die Fernsehzuschauer noch an den Lippen des Korrespondenten. Relativ bald jedoch übernahm das Bild die führende Rolle (vgl. Kapitel 3.2). Auslöser dafür sei der Vietnam-Krieg gewesen. Und dann kamen zwei Entwicklungen dazu, die eine technologischer, die andere politischer Natur: die Entwicklung der Boeing 707, die die Reisezeit zwischen den Kontinenten dramatisch verkürzte, und der Kalte Krieg, der erlaubte, jeden Krisenherd als Ost-West-Konflikt darzustellen, und als ideologische Stütze diente (Vietnam, Angola, Afghanistan). Dadurch hätten sich die Journalisten laut Utley gewissermassen wie Feuerwehrmänner gefühlt, die von einem Brandherd zum anderen eilten (Utley 1997). Die Zahl der Einsätze, die man dank besseren und schnelleren Flugverbindungen abdecken konnte, nahm zu, wodurch die Beiträge kürzen werden mussten. Durch die Funktion eines Hansdampf-in-allen-Gassen

reduzierte sich die Kompetenz des Korrespondenten, was ja über kurz oder lang dem Zuschauer nicht verborgen bleiben kann. Und - der Kreis schliesst sich - diesem Handicap kommen wiederum Kurzbeiträge entgegen; jedenfalls lässt sich mangelnder Tiefgang in der Analyse durch Kurzbeiträge besser verbergen.

Ganz neu ist diese Entwicklung allerdings nicht, aber sie hat sich verstärkt: Marshall McLuhan schrieb in seinem avantgardistischen Buch (Understanding Media, 1964), das 1995 neu aufgelegt worden ist: "Während die Telegraphie die Sätze verkürzte, hat das Radio die Zeitungsmeldung verkürzt, und das Fernsehen impfte den Journalisten die Fragesätze ein" (McLuhan 1995). Mehr noch: Mit dem Bild kann nur die kurze Aussage konkurrieren. Und nur die einfache dazu! Doch die Wirklichkeit, gerade wenn es um die EU-Wirklichkeit geht, ist meistens komplex. Ein Beschluss über die Gen-Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln ist weder mit einem Bild noch mit einem Kurzbericht zu erklären. Dasselbe gilt für die Post- oder die Luftverkehrsliberalisierung, vor allem wenn auch die Aus- und Nebenwirkungen auf die Schweiz in Betracht gezogen werden sollen. Eberhard von Kuenheim, Vorsitzender des Aufsichtsrats von BMW, weist in diesem Zusammenhang auf eine Gefahr hin, die die ganze Kommunikationsbranche angeht: "Die verkürzte Darstellung komplexer Probleme führt immer wieder zu Vorurteilen, deren Aufarbeitung nur schwer zu bewerkstelligen ist" (Kuenheim 1996). Von dieser Aussage eines bekannten Praktikers ist der Weg zum bekannten Theoretiker Niklas Luhmann erstaunlich kurz. Luhmann in seiner Extremposition sieht in der geglückten Kommunikation ja die "ganz normale Unwahrscheinlichkeit".

Der Trend zur Kürze findet seinen absoluten Höhepunkt im Titel. Oft auch seinen Tiefpunkt. Und seine Übersteigerung dazu. Mit dem Titel hat die Federzunft auf die Herausforderung des Bildes reagiert. Denn die Überschriften werden gelesen, an sie - wie an das Bild - erinnert man sich. Und auch die Titel werden, wie die Benetton-Reklame, immer bildhafter, provokativer, einseitiger, verzerrender. Die Berichterstattung des Sonntags-Blick über Christoph Blochers Rede zur Schweiz im Zweiten Weltkrieg fiel vor allem durch den Titel auf: "Blocher: Den Juden geht es nur ums Geld!" Blocher prüfte in der Folge die Einreichung einer Klage wegen übler Nachrede. Der Titel war zum wichtigsten Teil eines Zeitungsartikels geworden. Und ausgerechnet - man glaubt es kaum! - dieser erste und wichtigste Teil eines Artikels, diese vermeintliche Quintessenz der Aussagen, wird immer seltener vom Autor selbst gestaltet. Er wird, nachdem die Substanz des Artikels überflogen ist, wenn überhaupt, in der Redaktion gemacht, gestaltet eben. Er wird zum Aushängeschild und als Marketing-Instrument missbraucht. Gefragt ist Originalität um jeden Preis. Doch damit gibt er den Inhalt des Artikels meistens nur verfälscht wieder. Und



der Autor staunt danach, was aus "seinem" Artikel geworden ist! Und wie oft muss er sich nachher rechtfertigen und die "Schuld" auf die Kollegen in der Zentrale abwälzen. Löbliche Ausnahme: die alte Tante, auch NZZ genannt. Sie lässt (uns) Korrespondenten noch grösste Freiheit bei der Gestaltung des Titels. Und sie wird benutzt. Der Vorschlag kommt also noch vom Autor. Und er wird und soll - vier Augen sehen immer mehr - in der Redaktion geprüft werden. Aber er soll nicht verfälscht werden. - Zur Erinnerung: Der Titel soll provozieren, animieren. Animieren zum Weiterlesen. Aber wer liest heute noch viel mehr als die Titel ?

Das Phänomen der Verkürzung und die damit zusammenhängende Qualitätsfrage sind am 20. Juni 1997 in Biel vom schweizerischen Verkehrsministers, Bundesrat Moritz Leuenberger, thematisiert worden, als er aus Anlass des 20-jährigen Jubiläums des Presserats (des schweizerischen Verbandes der Journalistinnen und Journalisten) eine erste Grundsatzrede zum Thema "Medien, Macht und Moral" hielt (Leuenberger 1997). Er hielt dabei fest, dass es Aufgabe der Politiker sei, Überzeugungsarbeit zu leisten und zu erklären. Das gehe nicht ohne die Medien, und die Medien dürften auch durchaus verlangen, dass man sich kurz und knapp ausdrücke. Aber er wies auf zwei Tendenzen hin, die weder der Überzeugungsarbeit noch dem Image der Medien förderlich sind. Erstens die Tendenz zu Überfallinterviews, um - im Scheinwerferlicht - Spontanreaktionen zu provozieren. Das sei gelegentlich zwar recht lustig, der Sache jedoch in der Regel nicht dienlich. Zweitens beklagte er Zusammenschnitte, Verkürzungen also, die - weil unvollständig - falsch sind. Der Interviewte habe doch ein Recht darauf, in Satzbau und Ausdrucksweise vollständig und zusammenhängend wiedergegeben zu werden. Leuenberger erwähnte in diesem Zusammenhang ein grossartiges Beispiel. In einem Interview habe er unlängst gesagt, dass die verkehrspolitische Autonomie wichtiger sei als ein bilaterales Abkommen mit der EU. (Dies sei schriftlich bestätigt worden.) Abends um Neun sei eine telefonische Anfrage aus der Redaktion gekommen, ob man den Ausdruck "verkehrspolitische Autonomie" nicht in "Freiheit" umwandeln könne. Leuenberger war dagegen. Aber für eine Änderung des Aushangs am Kiosk - gewissermassen dem Bild - war es schon zu spät. Freiheit sei wichtiger als ein bilaterales Abkommen, hiess es damit am Kiosk auf dem sogenannten Täfeli. Und die polemische Folgerung daraus liegt auf der Hand: mit dem bilateralen Abkommen wird die Schweiz unfrei. Luhmann, für den verbale Kommunikation eine "Art und Weise der Kommunikationsvermeidung" ist, würde sich über das Beispiel freuen.

Man muss ja nicht gleich so weit gehen wie der Basler Philosoph Hans Saner, der an der Veranstaltung in Biel nach Leuenberger zum Thema "Wahrheit und Lüge in der Tagespresse" sprach und dabei provokativ fragte, ob



man auch mit der Wahrheit lügen könne und ob die Lügen mit der Wahrheit möglicherweise die bevorzugte Lüge des Journalismus sei (Saner 1997). Wie dem auch sei - der Vorwurf, Informationen seien aus dem Zusammenhang gerissen worden, begleitet den Tagesjournalismus wie ein Schatten. Es kann fatale Folgen haben: In der schweizerischen EWR-Debatte waren weite Teile der Berichterstattung fälschlicherweise auf die Mitentscheidungsmöglichkeiten fokussiert, wodurch die "fremden Richter" und die "Satellisierung" zu griffigen Schlagwörtern gegen den EWR-Vertrag wurden. Dabei ging unter, um was es in Wirklichkeit vor allem ging: um die aktive Teilnahme am EU-Binnenmarkt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, der mit 380 Millionen rund 50% mehr Personen umfasst als die USA. Auch die gegenwärtig stattfindende Fokussierung auf die Obergrenze der fiskalischen Belastung von 40-t-Lastwagen ab 2005, von Leuenberger ebenfalls angeprangert, versperrt in der bilateralen Debatte den Blick auf den Gesamtzusammenhang: Dass es hier nur um ein Element eines Vertrags geht, der insbesondere mit dem Luftverkehrsabkommen verhängt ist und auch fünf weitere bilaterale Verträge im Schlepptau hält, die - um den Gedanken weiter zu spinnen - die Nachteile des EWR-Neins mildern und im übrigen die ganze Europadiskussion entkrampfen könnten.

Wenn es stimmt, was McLuhan 1964 geschrieben hat, wonach das Radio die Zeitungsmeldung verkürzte und das Fernsehen die Fragesätze brachte, und wenn es darüber hinaus stimmt, dass das Fernsehen zur Bebilderung der Zeitung beiträgt, dann ist das Aussehen einer modernen Zeitung, die sich dem Infotainment verschreibt, klar: Kurze Beiträge, viele Bilder, fragende Journalisten, spektakuläre Titel und Artikel ohne Zusammenhänge. Ist es vermessen, diesem Trend ein anderes Idealbild entgegenszustellen? Etwa: Kurze Analysen, bildhafte und präzise Sprache, Antworten (statt Fragen), Zusammenhänge, sowie Kontinuität in der Berichterstattung.

### 3. 5. *Die neue Kunst, dem Papierkorb zu entgehen*

Verschiedene sich überlagernde Faktoren haben das Nachrichten- und Informationsangebot in Brüssel zu einer permanenten Springflut anschwellen lassen: Da ist zunächst die tatsächliche Ausweitung der Aktivitätsbereiche der Europäischen Union und der Nato. Dazu haben folgende Ereignisse bzw. Veränderungen seit 1989 beigetragen: die EWR-Verhandlungen (ab 1990), die deutsche Wiedervereinigung (1990), 16 Beitrittsgesuche (seit 1989), Erweiterungsverhandlungen mit vier EFTA-Ländern (1993 und 1994), die Uruguay-Runde (Abschluss 1992), Aushandlung des Maastricht-Vertrags (1991), dessen Ratifikationsprobleme (1992), bilaterale Verhandlungen mit der Schweiz (seit 1993), Währungsturbulenzen (1992 und 1993), die Jugoslawien-

Krise (1991 bis 1994), die Reform der Nato (seit 1993), das PfP-Programm der Nato (1994), die BSE-Krise (1996), Aushandlung des Vertrags von Amsterdam (1996 und 1997) und neuerdings der Count Down zum Start der Währungsunion.

Die Informationsflut lässt sich quantifizieren. Wir beschränken uns dabei auf vier Indikatoren, nämlich die Gesamtheit der über Reuters EU Briefing angebotenen Meldungen, die EU-Neuigkeiten von Reuters und die Neuigkeiten von Agence Europe (als Stichdatum für das Jahr gilt der 18. Oktober); dazu ziehen wir die Zahl der Pressemitteilungen der Europäischen Kommission in Betracht (Kalenderjahr). Dabei ergibt sich folgende Entwicklung:

Die Zahl der Meldungen, die der Reuters Dienst anbietet (einschliesslich veröffentlichter EU-Publikationen, Scad, Agence Europe etc.) hat sich zwischen 1995 und 1997 praktisch verdoppelt, nämlich von 138'507 (1995) auf 285'630 (1997) ausgeweitet. Die Zahl der Reuters-Meldungen nahm im selben Zeitraum von 18'973 auf 25'413 zu. Agence Europe steigerte den "Ausstoss" von 16'573 Berichten (1995) auf 20'106 Meldungen (1997). Die Europäische Kommission kam 1977, also vor zwanzig Jahren, mit 451 Pressemitteilungen über die Runde, 1995 und 1996 waren es über 4'000 Meldungen, also fast zehnmal mehr.

Die damit direkt oder indirekt zusammenhängenden Informationen kommen in immer professionellerem Gewand daher. Das heisst, dass Themen und Ereignisse von den direkt oder mittelbar Betroffenen - und davon gibt es immer mehr - medienträchtig und professionell aufgearbeitet werden. In Form von Pressemitteilungen, Statements, Hintergrundberichten und vorfabrizierten Interviews entstehen Unmengen an vorgefertigtem PR-Material. Ulrich Saxer spricht in seinem Vorschlag für ein neues schweizerisches Nationales Forschungsprogramm (NFP) von einer explosionsartigen Zunahme. Es würden immer ausgefallener Formen der Aufmerksamkeitswerbung angewendet (Saxer, Gaetano 1997). Die Folge ist, dass sowohl bezüglich Form als auch bezüglich Inhalt echte Informationen und gut artikuliert Gruppeninteressen immer schwieriger voneinander zu unterscheiden sind. Die PR-Botschaft distanziert sich immer mehr vom Produkt. Dadurch wird laut Saxer die Unterscheidung zwischen der medial erzeugten Welt und der unmittelbaren Erfahrungswelt immer grösser. Die Folge: Es stelle sich ein genereller Manipulationsverdacht und damit ein Vertrauensschwund ein. Glaubwürdigkeit wird zum knappen Gut.

Die Qualität der Nachrichten ist mithin anders geworden: bei den meisten Meldungen, die hereinflattern, handelt es sich um interessengebundene



Zwecknachrichten, die von PR-Fachleuten mundgerecht zubereitet werden. Das heisst, dass immer mehr Tricks angewendet werden, um nicht im Filter, den uns die Nachrichtenwert-Theorie zur Verfügung stellt, hängen-zubleiben. Das einzige Gegenmittel, die verstärkte Auswahl (und der Papierkorb), bindet sowohl Kapazitäten im Aussendienst als auch auf der Redaktion. An beiden Orten leidet dadurch die Recherchierarbeit. Sie kommt zu kurz. Fazit: Der Journalist agiert immer weniger, er reagiert fast nur noch. Er reagiert mit und aufgrund von Erfahrungen aus zweiter Hand.

Zur Informationsflut trägt bei, dass das Material zunehmend elektronisch gelagert und damit jederzeit und von überall her abrufbar ist. Die diplomatischen Vertretungen und die Verbände richten Home Pages im World Wide Web ein, Agence Europe gibt es seit 1994 auch als elektronische Datenbank, die EU hat eine eigenen Home Page, die Informationen von Reuter kann man sich auf Papier gar nicht mehr vorstellen. Im Tagesdurchschnitt werden alleine von der Europäischen Kommission etwa zehn Pressemitteilungen produziert. Auch hier handelt es sich zum Teil um Material, dem auch PR-Charakter zukommt. Der Gerichtshof der EU veröffentlicht seine Urteile dutzendweise pro Woche. Jedem der 70-90 Tagungen des EU-Ministerrats pro Jahr laufen Gerüchte, Absprachen, Arbeitspapiere, Non-Papers oder Entwürfe für Schlussfolgerungen voraus; zahlreiche Vorberichte in den Medien, vorab den Zeitungen, sind die Folge. Das europäische Parlament und dessen Arbeitsgruppen publizieren mindestens einen Bericht pro Woche. Unzählige Verbände, die sich in Brüssel niedergelassen haben, erarbeiten Positionspapiere und preisen ihre Sicht der Dinge an.

Mit welchem Recht, so muss man sich fragen, entgeht in diesen Tagen eine Meldung dem Papierkorb? Denn im Zuge des wachsenden Informationsangebots werden immer mehr Ereignisse "gemacht", also thematisiert und mediatisiert. Die Auswahl, also das Thema, das "hochgekocht" wird, erfolgt nach eigenen Gesetzen, weitgehend unberechenbar. Das Bonmot von Staatssekretär Franz Blankart, wonach es im Leben viele wichtige Sachen gebe, aber die wenigsten wirklich dringend seien, spendet zwar etwas Trost. Aber es hilft im Medienalltag nicht wirklich. Denn für Journalisten herrscht ständig Erntezeit. Es herrscht vermeintliche Spannung ohne Unterbruch. Die EU steht hier keineswegs abseits. Entweder jagt eine Konferenz die andere, dann herrscht Hektik und das Gefühl, Europa sei tatsächlich im Aufbruch. Oder es wird zwischendurch ein bisschen ruhiger, dann ist - aus der Sicht der Kommentatoren auch gleich der Integrationsschwung weg. Beide Fälle sind storyträchtig, zumal immer irgendwo in der EU auch Wahlen anstehen, an denen sich der neue Trend bestätigen lässt. Und sonst, falls doch wieder eine Trendwende einkehren sollte, war es zumindest eine der realen Möglichkeiten,

die es zu beschreiben galt. Es drängt sich eine interessante Parallele auf: So wie sich Finanzströme längst vom Handel mit realen Gütern und Dienstleistungen getrennt haben, scheinen sich Informationen zu verselbständigen, indem sie sich zusehends von Ereignissen lösen und ein Eigenleben führen.

Informationen können also wie noch nie zuvor gelagert, blitzschnell abgerufen und verschickt werden. Bereits McLuhan hatte darauf hingewiesen, dass - so paradox es klingen mag - speichern und lagern auch beschleunigen heisst. Denn was gespeichert wird, ist auch leichter erreichbar als das, was erst gesammelt werden muss (McLuhan 1995). Ein Beispiel aus der EU-Praxis dazu: Wenn in Luxemburg (beim Ministerrat) oder in Strassburg (beim EU-Parlament) der Zeitungsjournalist und der Agenturjournalist von Reuters in der gleichen Reihe sitzen, kommt es zur grotesken Situation. Der Mann von Reuters schreibt sein Story (so wie er es gehört hat) und Minuten später kann der Zeitungsjournalist, sofern es ihn interessiert, via Modem die Reuters-Version der Geschichte auf seinem Bildschirm lesen. Was soeben produziert worden ist, wird abgespeichert und damit universell greifbar. Die "Überwachung" des anderen Journalisten, des potentiellen Konkurrenten, erfolgt so via Bildschirm. Mehr noch: das ganze Reuters-Archiv mit 285'630 Meldungen steht zur Verfügung. Das heisst, dass Neues mit Altem, das ja meistens bereits wieder vergessen ist, verknüpft werden kann. Wer kein Gedächtnis hat, bekommt eines, ein externes.

Spätestens hier muss nun zwischen Rohstoff bzw. Daten, Nachrichten, Information oder gar Wissen unterschieden werden. Diese Unterscheidung ist naturgemäss subjektiv gefärbt. Denn was für den einen bloss eine unbedeutende Zahl darstellt, die er nicht mal als solche wahrnimmt, kann für den anderen eine Nachricht, für einen Dritten wertvollstes Wissen verkörpern. Aus der Sicht der Unternehmung und des Managements schreibt Gertrud Höhler dazu: Daten sind potentielle Informationen und das Unternehmen definiert für sich, was es unter "Information" versteht. Aus Daten oder Nachrichten können also - je nach individueller Nützlichkeit - Informationen werden (Höhler 1994). Aufschlussreich ist auch eine Publikation zuhanden der Europäischen Kommission zum Thema Informationsgesellschaft (European Commission 1997). Dort wird zwischen Daten, Informationen und Wissen (knowledge) unterschieden. Unstrukturierte Daten würden nicht automatisch zu Informationen mutieren und diese können nicht gleich als Wissen bezeichnet werden. Daten und Informationen seien gewissermassen mit dem Rohmaterial industrieller Prozesse zu vergleichen. Zu den wichtigsten Merkmalen der Informationstechnologie gehörten die Beschleunigung von Informationen und die Reduktion der Informationsspeicherkosten. Aber beide Effekte führten nicht automatisch zu mehr Wissen oder gar Weisheit.



Interessant ist nun in diesem Zusammenhang, dass Karl Oscar Körner in einem Beitrag zu "Die Meinungsmacher" die Ansicht vertritt, die klassische Nachricht befinde sich auf dem Rückzug (Körner 1996). Er meint damit wohl die objektive Nachricht, oder besser (weil das Wort objektiv ja sofort zum Widerspruch reizt): die möglichst wahrheitsgetreue Nachricht. Sie werde ersetzt durch die Welt der Informationen. Der Rückzug der Nachricht bedrohe die Wirklichkeit, die zu verschwinden drohe. An ihre Stelle treten massgeschneiderte Informationen, die - man höre! - eine Welt mit zahllosen Realitäten schaffen. Man könnte auch von Teilöffentlichkeiten sprechen, die der wachsenden Individualisierung entsprechen. Dieser Gedanke ist uns ja schon zuvor (in Kapitel 3.1) begegnet.

Die massgeschneiderte Information lasse sich - so Körner - als Rohstoff viel besser verwerten: polyvalent nämlich. Einmal so, einmal anders gefärbt. Euro hier, Euro dort; Ängste über den Verlust der D-Mark hier, Nachteile eines Europas mit 30 Währungen dort. So entstehen nicht nur Teilöffentlichkeiten, sondern auch - im Zuge der Polarisierung (vgl. Kapitel 3.6) - geteilte Öffentlichkeiten. Was, um ein weiteres Beispiel zu nennen, kommt in der Zeitschrift der EU-feindlichen Auns (Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz) nicht alles als "Information" daher. Losgelöst von den Nachrichten, letztere zusammengestellt nach reinem Gutdünken, damit ein bestimmtes Bild erzeugt werden kann! Ein Bild, auf dem kein fremder Farbton auftauchen soll. Keine Relativierung also, kein "sowohl als auch", kein Gegenargument. Keine - so lautet der Fachausdruck im modernen Journalismus -, bitte keine Storykiller.

Eli M. Noam, Direktor des Columbia Institute for Tele-Information an der New Yorker Columbia University, verweist in diesem Zusammenhang auf ein Paradox der Informationstechnik: Je mehr Informationstechnik uns umgebe und je mehr Wissen wir produzierten, desto öfter scheiterten wir in dem Bemühen, diese Informationen auch wirklich zu verarbeiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg trennten sich die Wachstumsraten der drei Elemente der Informationstechnik (Produktion, Übertragung, Verarbeitung). Die Produktion wuchs schnell (durchschnittlich 6% pro Jahr), die Übertragungskapazität noch schneller (10%), nur die Zuwachsraten der Verarbeitungskapazität hinkten hinten nach. Noam schliesst daraus auf das zukünftige Problem der Informationstechnologie. Es liegt weder in der Produktion, noch in der Übertragung, sondern in der Verarbeitung (Noam 1996). Das Problem der Zeitung, jedenfalls der Qualitätszeitung, lässt sich wahrscheinlich ähnlich definieren. Sie hat ein riesiges Auswahlproblem.

Michael Haller spricht der Abstumpfung gegenüber der Informationsflut insgesamt gar antiaufklärerische Effekte zu (Haller). Laut Haller hat die mit

Hilfe der Elektronifizierung der Kommunikation in Gang gesetzte Vervielfältigung der Kommunikationskanäle nämlich zur Folge, dass immer mehr Informationen produziert werden, um die Kanäle zu füllen. Dies stumpfe ab. Denn inzwischen sei ja nicht mehr die aufdeckende Nachricht, sondern die Aufmerksamkeit des Informationskonsumenten die knappe Ressource, um die sich die Massenmedien streiten würden. Man kann es auch anders - prägnanter - formulieren: die Medien und die Freizeitbranche kämpfen alle um das gleiche: um die zwei Stunden nämlich, die dem Normalverbraucher und Durchschnittsbürger täglich neben Arbeit, Schlaf und Essen noch verbleiben.

Christian Bommarius hat in seinem Essay "Wie eine Nachricht entsteht" dazu folgende treffende Worte gefunden: "....seit die Nachrichtenagenturen der Welt die Ordnung geben und den Lauf der Dinge atemlos verfolgen, ist jeder Tag verpflichtet, Katastrophen und andere Höhepunkte vorab auf sein Programm zu setzen. Das schuldet er der Spannung und dem besseren Überblick" (Bommarius 1996). In dieselbe Richtung wie Haller - nämlich als Wendepunkt der Aufklärung - gehen Äusserungen von Ignacio Ramonet. Durch die weltweite Verknüpfung der Informationssysteme sind wir, das ist Ramonets Ausgangsthese, immer klarer in einem System der Überproduktion. Früher (man denke nur ans Mittelalter oder an die Entdeckungsreisen) waren gewisse Informationen sehr rar, damit auch teuer. Sie hatten Kapitalcharakter und gaben Macht. Je mehr Informationen desto besser, desto mehr Macht und Wissen, desto mehr Freiheit, desto mehr Demokratie. In einem System der Überproduktion gilt diese Beziehung nach Ramonet nicht mehr. (Obwohl sich am Kapitalcharakter natürlich nichts geändert hat.) Vielmehr stelle sich die Frage, ob man heute mit einem Mehr an Informationen anstelle von mehr Freiheit nicht eher Konfusion ernte. Anders formuliert: Verliere ich Freiheit durch Überinformation? Ist ein Wendepunkt erreicht? Und noch eindringlicher gefragt: Kann die moderne Zensur darin bestehen, dass man - genau das Gegenteil von früher! - zuviel Informationen anbietet? Und auf Brüssel und andere Nachrichtenzentren übertragen: Ist die Nachrichten - und Informationsschwemme, die uns täglich eindeckt, eine moderne Form der Zensur, weil sie uns den Blick auf Wesentliches verstellt?

Von diesen Betrachtungen her ist der Schluss naheliegend - ja er drängt sich geradezu auf -, dass in einem Überfluss an Informationen der Auswahl und der Qualität eine entscheidende Rolle zukommt. Die Qualitätszeitung steht mithin vor der wachsenden Herausforderung aus einem Überangebot an Nachrichten und Information ein tägliches Menu zusammenzustellen. In diesem Zusammenhang ein Hinweis auf Karl W. Deutsch. Laut Deutsch sind bei einem Überangebot an Informationen fünf typische Reaktionsweisen des Menschen kennzeichnend:



1. die Auswahl wichtiger Daten
2. die Vereinfachung
3. Gezieltes Vergessen
4. Toleranz von Fehlern
5. Zusammenbruch

Für das journalistische Handwerk sollte man sich an den beiden ersten orientieren. Den Rest wollen wir uns und dem Leser ersparen.

### 3. 6. *Polarisierung, Personifizierung, Provokation*

Die Presse, so lautet die Vermutung, stellt bei der Auswahl und Gewichtung der Themen immer mehr personifizierbare und simplifizierbare Ereignisse in den Vordergrund. Zu diesem Befund passt ein anderer, der dem einen oder anderen Medienmacher sicher sehr gelegen kommt. Die Feststellung von Siegfried Weischenberg nämlich, wonach das Publikum gewiss immer noch Aufklärung will - aber womöglich immer weniger den Aufwand der persönlichen Anstrengung. Mit dieser herrlichen Rechtfertigung im Hinterkopf ist es natürlich verlockend, den Grundsatz "keep it simple" so weit auszulegen wie nur möglich. Und damit landet man zwangsläufig bei Personen, an denen man eine Geschichte aufhängen oder denen man sie anhängen kann.

Die Berichte aus Brüssel können sich dieser Polarisierung und Personifizierung nicht entziehen. Paradebeispiel dafür lieferte die Person, die wie keine andere zwischen 1985 und 1995 Aufstieg und Krise der Europäischen Union miterlebte und verkörperte: Jacques Delors. Er stand als Synonym für alles, für Brüssel, für die EU schlechthin, für den Binnenmarkt (EG 92), für den EWR, für zentralistische Auswüchse, für entfremdete Beamte, für die Achse Paris - Bonn, für die katholische Konzeption der EU, für "Maastricht". Er galt am wenigsten als das, was er wirklich war: als ein Mitglied der Europäischen Kommission, als *primus inter pares*, als höchster Beamter eines Verwaltungsapparats, der zwar viele Ideen medienwirksam produzierte, deren Realisierung aber alle - ausnahmslos alle - vom Wohlwollen der Regierungen der Mitgliedstaaten abhingen; zum Beispiel der Stufenplan zur Währungsunion. Nicht zuletzt durch und dank den Medien hatte Delors eine andere Position inne als seine wirkliche.

Mit Delors erhielt die EU zwar oft ein verzerrtes (und besorgtes) Gesicht, aber sie hatte wenigstens eines. Für Claus-Dieter Ehlermann, der in der Ära Delors in Brüssel Generaldirektor für Wettbewerbsfragen war und zuvor als Chef der Pressesprecher eine mediale Führungsrolle innehatte, verkörperte der Franzose den Ausgleich zwischen dem Osten und dem Westen der EU,



zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen Konservativen und Sozialisten, und er wirkte als Drahtzieher zwischen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand. Diese Schlüsselposition machte ihn - zusammen mit seinem unberechenbaren Wesen - zu einer napoléonhaften Figur, auf die sich die Medien beispielsweise im Maastricht-Prozess unzählige Male stürzten. Dies, obwohl er - von der Währungsunion abgesehen - weniger Einfluss auf den Inhalt des Unionsvertrags hatte, als man damals annehmen konnte. Wohl aber hat er (wie wir später sehen werden) mächtig zu dessen Ratifizierungsproblemen beigetragen.

Im Falle der EU ist nun die personifizierte Berichterstattung besonders verlockend, weil sich Institutionen und Kollegien (wie die Europäische Kommission) ja kaum darstellen lassen (vgl. Kapitel 3.2). Und die politischen Verfahren werden immer komplizierter, sind kaum vermittelbar und kaum je endgültig. Da ist es am einfachsten, einzelne Kommissionsmitglieder wie Franz Fischler (in Sachen BSE) oder Karel van Miert (Boeing) in der Vordergrund zu stellen. Sehr oft sind diese formell zuständigen Kommissare reine Repräsentanten von Kompromiss-Entscheiden, die unter den verschiedenen Kabinetten ausgehandelt und danach vom Kollegium abgesegnet wurden. (Erst mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags und der vorsichtigen Aufwertung des Kommissionspräsidenten soll sich dies ändern.) Fazit: Sehr oft muss der Journalist zwischen zwei Übeln wählen. Nämlich zwischen einer am Rande der Wahrheit und Redlichkeit aufgebauten Zuspitzung auf eine Person ("Van Miert blockiert Boeing-Fusion") oder einer sachgerechten, ausgewogenen und entsprechend langweiligen Darstellung (etwa "Schwierige Suche nach einem Boeing-Entscheid"). Diesem Zielkonflikt begegnen wir später (vgl. Kapitel 4.4) in einem Konzept von Russ-Mohl, das der Qualitätssicherung im Rahmen eines magischen Fünfecks gewidmet ist.

Was sich hier als Problem der Berichterstattung entpuppt, ist gleichzeitig ein praktisch unlösbares hausgemachtes EU-Problem: Die EU hat gar kein Gesicht. Es gibt diese Person, die anderswo als Staats- oder Ministerpräsident oder als andere moralische Autorität auftritt, nicht. Die Gewalten- und Machtteilung in der EU ist so austariert, dass niemand dauerhaft und sichtbar über alle Köpfe hinaus ragt. Den Mister X oder den Monsieur Pesc, die Persönlichkeit, die den sprichwörtlichen Telefonanruf von Henry Kissinger entgegennehmen könnte, gibt es nicht. Der Kompromiss von Amsterdam, der eine Aufwertung des Kommissionspräsidenten und eine Stärkung des Sekretariats des Ministerrats vorsieht, spricht für sich selbst. Bloss Delors hatte es mit Hilfe der Medien für kurze Zeit geschafft, deutlich aus der Masse herauszuragen. Mit der Folge, dass mit Jacques Santer wieder eine etwas zurückhaltendere Person die Bühne betreten durfte.

Im Zuge der Polarisierung und Personifizierung wird die Vielfalt der Meinungen und der Standpunkte mithin regelmässig auf eine oder zwei Extremposition(en) reduziert: Euroturbos und Integrationsromantiker hier, Ewiggestrige und Isolationisten dort, Streit zwischen Bonn und Paris, etwa "EU streamlining splits Bonn and Paris" (Barber 1997), grosse Mitgliedstaaten gegen Kleine, der Süden gegen den Osten, Atlantiker gegen Europäer, John Major alleine gegen den Rest der EU, High noon um Mitternacht (Tietmeyer gegen Trichet). Der Interessenvielfalt, den bedächtigen Mühlen der EU-Institutionen, den verdeckten Kompromissen, der Sonderlage der Schweiz oder diplomatischen Suchprozessen werden solche Vereinfachungen selten gerecht. Mitunter macht die Politik bei der Polarisierung munter mit: die Konservativen reduzierten im Wahlkampf und in der Not ihre Botschaft auf eine Fotomontage, die den Widersacher Blair als Schosshündchen auf den Knien von Bundeskanzler Kohl zeigt. Damit leistet die Politik einem Trend in den Medien Vorschub, den sie sonst gerne anprangert - der einseitigen unausgewogenen Darstellung.

#### 4. Rückbesinnung auf die Funktion

Nach dieser bewusst etwas hervorgehobenen und zugespitzten Darstellung neuerer Tendenzen, die sich zum Teil ja auch unter dem Begriff "Infotainment" subsummieren lassen, ist es an der Zeit zu fragen, ob der Journalismus seinen klassischen Aufgaben (Information, Führung und Fortsetzung einer öffentlichen Debatte sowie Kontrolle) überhaupt noch gewachsen ist. Kann der Journalismus seine Funktionen noch erfüllen, wenn seine Glaubwürdigkeit, mithin seine wichtigste Kapitalbasis, schwindet? Kann er informativ sein, wenn er in erster Linie unterhalten will? Kann er - im Sinne der Gegenmacht - andere noch kontrollieren, wenn seine Selbstkontrolle schwindet?

##### 4. 1. Leuchttürme zur Fortsetzung der öffentlichen Debatte

Das Monopol für politische Informationen lag lange Zeit in den Händen der Staatsgewalt. Die Weltdeutung, vorab die religiöse, war Sache der Klöster. Pressefreiheit war ein Fremdwort und eine umstrittene Vision. Freiheit hatte ja auch jahrhundertlang eine andere Bedeutung. Die Begriffe "Öffentlichkeit" und "öffentliches Interesse", die wir heute - erst recht seit die Skandinavier EU-Mitglieder geworden sind - so selbstverständlich benutzen, wenn wir von der Europäischen Kommission Dokumente und Informationen verlangen oder eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einsetzen, entstand erst im Zuge der Aufklärung. In deren Zentrum stand das Bewusstsein des Individuums, das die Welt zu erkennen und die objektive Wahrheit zu erschliessen versucht. Das Medium der Vernunft, so die Devise, sei Bildung.



Gesellschaftspolitisch überspitzt formuliert: Herkunft wurde durch Bildung ersetzt. Auch durch Bildung aus der Zeitung. In diese Gedankenwelt passte, dass damals in einzelnen schweizerischen Kantonen das Beherrschen der Sprache (in Lesen und Schrift) Voraussetzung für das Stimmrecht war.

Diese blütenweisse aufklärerische Konzeption mag heute, da Autoren wie Luhmann konsequent zwischen realer Realität und Medienrealität unterscheiden und die Blumen für Diana noch kaum verwelkt sind, nachgerade lächerlich und naiv wirken. Und auch die empirischen Forschungen, die die massenpsychologischen "Erkenntnisse" (bzw. Behauptungen) eines Gustave Le Bon in ein anderes Licht rücken, sind nicht geeignet, den Massenmedien eine hohe (hier: aufklärerische) Wirkung einzuräumen. Sehr pessimistisch ist auch Agnes Heller: Aus ihrer Sicht ist aus Aufklärung Nihilismus geworden. Und sie fährt fort: "Man kann auch sagen, dass Aufklärung als solche schon Nihilismus sei, allerdings nicht, weil sie von der Negation lebt, sondern weil der Prozess der Negation bis zur totalen Destruktion, und so auch zu seiner eigenen Destruktion führt."

Also aufgeben? Weil es angeblich keine Wahrheit gibt? Und den hehren Aufklärungsgedanken gleich integral auf den sprichwörtlichen Müllhaufen der Geschichte werfen? Oder verdient der Gedanke angesichts moderner oder postmoderner Tendenzen (siehe Kapitel 3) und einer verbreiteten Glaubwürdigkeitskrise der Medien nicht eher, in Erinnerung gerufen zu werden? Wenigstens als Referenzwert? Versuchen wir es. Der Gedanke ist ja nicht aus der Luft gegriffen: Am Zeitungskongress des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) erklärte nämlich Verbandpräsident Wilhelm Sandmann laut Handelsblatt vom 29. Oktober 1997, dass die Zeitungen gegenüber den elektronischen Medien ihre Stärken besser herausstellen sollten, nämlich Sachinformation statt Infotainment und Unabhängigkeit von Interessengruppen und Parteien.

Was meint die neuere Journalistik-Literatur zur Aufgabe des Journalismus? Eine neutrale und auf Manfred Rühl (1980) zurückgehende Definition besagt, dass Journalismus Themen zur öffentlichen Kommunikation bereitstellt. Sie ist von Michael Schanne und Ruedi Matter übernommen worden. Sie fügen an, dass damit unterschiedliche Informations-, Bildungs-, Beratungs- und Unterhaltungsbedürfnisse befriedigt werden können (Schanne, Matter 1993). Ben Knapen meint beispielsweise, dass in der Welt der Informationsflut "Zeitungen ihren Platz als unerschütterliche Leuchttürme" behaupten. Eine Zeitung sei jeden Tag neu und enthalte eine relevante, vom Redaktionsstab in Form gebrachte Version der Ereignisse des Tages. Die Zeitung lebe von der Fiktion, dass der Leser möglichst umfassend unterrichtet

werden muss, damit er sich ein Bild von der Gesellschaft als Ganzes machen kann. Die Redakteure versuchten tagtäglich, alle Zutaten zu ordnen, die ihrer Meinung nach für die Fortsetzung der öffentlichen Debatte erforderlich sind (Knapen 1996). Das Stichwort ist gegeben: Fortsetzung der öffentlichen Debatte (über eine Menüauswahl). Es enthält vier interessante Elemente: Erstens die Auswahl der Themen, zweitens die Bereitstellung bzw. die Aufbereitung, drittens die Kontinuität und viertens natürlich die Öffentlichkeit. Dazu kommt ein fünftes Element, dem in der Europäischen Union eine spezielle Bedeutung zukommt: die Kontrolle. Die Kontrolle der Mächtigen. Kurz: die Funktion der Gegenmacht. Auch diese Funktion können die Medien nur dann wahrnehmen, wenn sie über ein Mindestmass an Glaubwürdigkeit verfügen.

#### 4. 2. *Gegenmächtig*

Beginnen wir diesen Gedanken mit einem unverdächtigen Zeugen, der, bezeichnenderweise, die Aufklärungsdiskussion mitgeprägt hat, Immanuel Kant: "Weil der Besitz der Gewalt das freie Urtheil der Vernunft unvermeidlich verdirbt". Also: Gewaltenteilung als Mittel, um der Vernunft eine Chance zu geben. Weil Macht nach weiterer Macht strebt und diese zu Machtmissbrauch führt. Schon in Macchiavellis Discorsi - nach Riklin vermutlich in Anlehnung an die Kreislauftheorie von Polybios - steht, dass unumschränkte Macht zu Machtmissbrauch und zu Sittenzerfall führt (Riklin 1996). Bereits Rousseau hatte von der Presse als vierter Gewalt gesprochen, was - wie Edgar Kull nachweist - zwar irreführend ist, weil damit eine Vorstellung von "Amtsauftrag und höherer Sendung erscheint" (Kull 1980). Roger de Weck, Chefredaktor der Zeit, verwendet dennoch die Bezeichnung "fünfte Gewalt", die vierte habe die Wirtschaft (Weck 1997). An anderen Orten hat sich die vermutlich treffendere Bezeichnung als Gegenmacht etabliert. Ihr Merkmal ist die Kontrolle. Die Kontrolle der anderen. Ob diese Macht der Medien legitim ist, wie weit sie gehen darf, ist umstritten. Wer die Macht der Medien kontrollieren darf, und kontrollieren soll, ebenfalls, worauf anschliessend (in Kapitel 4.3) eingegangen wird. Denn Gegenmacht ist nicht nur Gegenmacht, also nicht nur kontrollierende Macht. Sie ist auch Macht per se und damit - wie in der Politik - Mittel zur Durchsetzung von Wertvorstellungen. Dies wirft - wie die Frage nach den Grenzen der Freiheit - Fragen nach den Grenzen der legitimen Macht und damit wiederum der Kontrolle auf (Hutter).

Nun kommt der Kontrollfunktion der Medien innerhalb der Europäischen Union gar eine besondere Bedeutung zu. Denn die Gewaltenteilung in der EU ist ja auf den Kopf gestellt und folgt eigenen Gesetzen (vgl. Kapitel 2.4). Eine Folge davon ist das Demokratiedefizit. Es hat seine primäre Ursache in der legislativen Gewalt des Ministerrats, der sich aus nationalen Mitgliedern der Exekutive zusammensetzt und der - manchmal - ohne den kontrollierenden



Blick des Europäischen Parlaments Entscheidungen fällt. Dem Machttransfer auf die supranationale Ebene steht mithin keine entsprechende demokratische Kontrolle gegenüber. Dazu kommt, dass das Parlament trotz seiner Aufwertungen (zuletzt auch in Amsterdam, wo es als stiller Gewinner vom Tisch ging), die ihm namentlich in Haushalts- und Binnenmarktfragen sowie bei Verträgen mit Drittstaaten mehr Rechte einräumen, vom Machtzuwachs eher vorsichtig Gebrauch macht. Damit wächst in EU-Belangen automatisch der Stellenwert der Kontrolle, der von den Medien ausgehen soll. Und Martin Löfflers Konzept der Presse (Medien) im "Amt eines öffentlichen Wächters" und des in Permanenz tagenden unsichtbaren Parlaments, tritt - obwohl das Bild in der Literatur stark umstritten ist und überholt wirkt - konkurrierend neben das Parlament.

Anders formuliert: Wenn es ein Demokratiedefizit gibt, und davon ist auszugehen, kann es über eine funktionierende Presse, die ihre Kontrollaufgaben wahrnimmt, zumindest relativiert werden. Ein positives Beispiel dazu sei erwähnt: In der BSE-Krise hat die Brüsseler Presse ihre kontrollierende Funktion wahrgenommen, genauso wie das Parlament auch. (Erst recht übten beide zusammen erheblichen Druck auf die Kommission und die Mitgliedstaaten aus; weitere Kontrollfunktionen stehen dem Rechnungshof zu.) Die Auswertung der BSE-Berichterstattung durch Report International zeigt, dass besonders die französische (vorab Libération), die belgische (Le Soir), die niederländische, aber auch die österreichische und portugiesische Presse hart mit der Kommission umgingen und - zu Recht - unverhohlen von Vertuschungspolitik sprachen (Report International 1996). Auch der Freiraum, den EU-Kommissar Martin Bangemann lange Zeit für sich beansprucht hat (Vorträge an mit EU-Geldern finanzierten Veranstaltungen gegen hohes persönliches Honorar oder extensive Dienstreisen nach Polen, wo seine Yacht gebaut wird und zwei Dienstwagen geklaut wurden), ist durch eine alarmierte deutsche Presse (vor allem FAZ, Süddeutsche, Der Spiegel) erheblich eingeschränkt worden. Allerdings: Solche Beispiele sind eher selten. Es gibt in Brüssel weder ein Watergate noch einen (schweizerischen) Fall Kopp. Was den vorzeitigen Rücktritt von Generaldirektor Heinrich von Moltke (Tourismus) und die Suspendierung von Michael Emerson als EU-Botschafter in Moskau angeht, ist anzufügen, dass es sich in beiden Fällen um direkte Folgen interner Kontrollen handelt (Neue Zürcher Zeitung). Die Presse hat erst "eingegriffen" als beide nicht mehr zu halten waren. Auch die internen Geschichten, die uns Connolly (aus der Generaldirektion 2) rund um das Projekt der Währungsunion erzählt, waren vor der Publikation seines Buchs ("Der verrottete Kern Europas") in der Presse ja kein Thema.

Und auch auf die EU angewandt gilt der herrliche Ausspruch von Sir Hugh Greene: "Nennen Sie mir ein Land, in dem Journalisten und Politiker sich vertragen, und ich sage Ihnen, da ist keine Demokratie." Stephan Russ-Mohl schreibt in diesem Sinne: "Gerade ein gestärkter Journalismus, der seine Kontrollfunktionen auch auf europäischer Ebene wirksam wahrnimmt, könnte (.....) ein Scherflein dazu beitragen, das europäische Bauwerk zu stabilisieren...." (Russ-Mohl 1994).

Vorläufiges Fazit: Die Europäische Union fordert nicht nur Politiker, Bürger und die Wirtschaft heraus. Sie stellt auch hohe Ansprüche an die Medien. Denn den Medien kommt, gerade wegen der Komplexität, dem Prozesscharakter, der offenen Zielsetzung und der demokratischen Herausforderung des europäischen Einigungswerks, eine Schlüsselrolle in der Vermittlung von Informationen und in der Schaffung von Öffentlichkeit zu. Sie müssen das offiziell Kommunizierte, also das sichtbare Informationspaket aufschnüren, daraus (als "gatekeeper") auswählen, es übersetzen, vereinfachen, erklären. Sie müssen - gegebenenfalls - auf die Distanz zwischen Brüssel und Buxtehude oder dem Emmental hinweisen und sie mit Hilfe der Sprache überwinden helfen. Sie müssen recherchieren, um ihrer Kontrollfunktion gerecht zu werden. Und wenn von der Forderung nach Transparenz, nach Bürgernähe oder von bürokratischem Kauderwelsch die Rede ist - Phrasen, die im journalistischen Vokabular und Anklagekatalog mittlerweile häufig genug vorkommen - sind sie, die Medienleute, genauso herausgefordert wie die Beamten (mit denen sie das Privileg teilen, dass sie sich nicht zur Wiederwahl stellen müssen).

#### *4. 3. Und wer kontrolliert die Medien ?*

Am ersten Wochenende im Mai 1992 trafen sich die EU-Aussenminister im portugiesischen Guimaraes zu einer informellen Aussprache. Dieser Sonntag ist, unbemerkt von vielen, in die Geschichte eingegangen. Nicht wegen den Politikern, dazu sind diese mittlerweile zu unwichtig geworden. Aber wegen der Presse. Wegen dem britischen Sunday Telegraph, um präziser zu sein. Boris Johnson, das enfant terrible der Brüsseler Szene, der sich - welch ein Zufall! - genau fünf Jahre danach für die Tories (vergeblich) um einen Sitz im Unterhaus beworben hat, publizierte an diesem Sonntag einen verhängnisvollen Artikel mit der Überschrift "Delors Plan to rule Europe". Das war der Giftpfeil, der einen Riesen traf, und zwar an fast tödlicher Stelle. Johnson schrieb unter anderem, dass der damalige Kommissionspräsident Delors das Rotationsprinzip des jeweils sechsmonatigen EU-Vorsitzes abschaffen, mehr Macht in Brüssel zentralisieren, einen EU-Präsidenten anstelle des Kommissionspräsidenten einsetzen und das Vetorecht der Mitgliedstaaten abschaffen wolle. Es ging mit anderen Worten um das heisse Eisen der institutionellen Reformen, die - das hat



der Gipfel von Amsterdam gezeigt - zu den schwierigsten internen Fragen der EU überhaupt gehören.

Problematisch ist (bzw. war) nur, dass es gar keinen solchen Delors-Plan gab. Problematisch war ferner, dass die Story von Johnson in der Sache zwar in allen Punkten ein bisschen Wahrheit enthielt, weil die Kommission und andere schon seit längerer Zeit Reformideen entwickelt hatten, weil die EG ja auf die sich konkret abzeichnende Erweiterung um die EFTA-Staaten vorbereitet und im übrigen funktionsfähiger gestaltet werden sollte. Aber die auf Delors zugespitzte Geschichte war im übrigen masslos übertrieben. Problematisch war ferner, dass einen Monat später die Dänen über den Maastricht-Vertrag abstimmen sollten, die dänische Regierung sich mithin mitten im Abstimmungskampf befand. Der Artikel löste in Dänemark Schockwellen aus, die nicht mehr zu glätten waren. Trotz aller Dementis aus Brüssel und trotz aller Verteidigungsreden und Angriffen auf Delors aus den Reihen der dänischen Regierung - es war geschehen. Die Publizität besorgte den Rest, es war zu spät. Die Schlacht war vorentscheidend verloren. Meinungsumfragen vor dem 3. Mai hatten noch eine knappe Zustimmung signalisiert, danach blieben die Befürworter in der Minderheit. Am Abstimmungstag fehlten 45'000 Stimmen (Ja-Anteil: 49,7%). Damit war die Aufbruchphase der EU, die ein halbes Jahrzehnt zuvor mit dem Binnenmarktprogramm begonnen hatte, unterbrochen. Die EWS-Krise und das juristische EWR-Gerangel folgten alsbald.

Mit diesem Beispiel sind drei Sachen angesprochen: erstens das Thema Qualität (auf das wir gleich eingehen werden), zweitens die Macht der Medien, die über die Gegenmacht hinausgehen kann, drittens die Kontrolle der Medien. Eine Stimme dazu:

"One of the most awesome changes of our time is the increasing power and pervasiveness of the news media. Journalism yesterday compared to journalism today is like a bullet compared to an atom bomb, and every journalist has a finger on the red button" (Konner 1996).

Diese Beschreibung des Machtzuwachses der Medien könnte man als masslos übertrieben übergehen, würde er nicht aus der Feder von Joan Konner, der Herausgeberin der *Columbia Journalism Review* und Dean der Graduate School of Journalism an der Columbia University stammen und hätte man nicht den Artikel von Boris Johnson im Hinterkopf. Immerhin hat man rückblickend den Eindruck, dass Johnson am roten Knopf hantierte. In einem Artikel der *Financial Times* vertritt die Joe Rogaly überdies die Ansicht, dass die Medien seit dem Verschwinden der Ideologien (womit er den Zusammenbruch des Kommunismus meint) dominanter und mächtiger geworden sind. Die Medien hätten, von ideologischem Ballast befreit, offenbar neue Freiheiten gefunden

und nutzen sie auch. Sie seien aggressiver, individueller und unberechenbarer geworden (Rogaly 1997).

Russ-Mohl vertritt in einem Arbeitspapier, das er am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz entwickelt hat, die Ansicht, dass der Einfluss der Medien auf den Europäischen Integrationsprozess schon immer gross war, und dass er noch weiter zunehmen wird (Russ-Mohl 1992). Peter Ludlow teilt diese Einschätzung. Aus persönlicher Erfahrung kann ich anfügen, dass von einzelnen Artikeln durchaus gewaltige Schockwellen ausgehen können. Wer es noch bescheidener formuliert haben möchte: die Medien haben, das ist allgemein anerkannt, mit Sicherheit eine enorme Verstärkerfunktion erhalten. Eberhard von Kuenheim bezeichnet die Medien, mit dem Fernsehen an der Spitze, als die umfassendste und subtilste Macht. Mit der Explosion von Fakten und Meinungen auf allen Gebieten sei ihre Funktion als Mittler besonders wichtig, aber auch besonders schwer geworden. Medien stützten und stürzten. Vor diesem Hintergrund sei von ihnen eine besonders hohe ethische Verantwortung zu fordern (Kuenheim 1996).

Wenn es nun stimmen sollte, dass die Macht oder zumindest der Einfluss der Medien zugenommen hat und zunimmt, wenn es zudem stimmt, dass - wie angetönt - Macht nach mehr Macht strebt und damit auch Machtmissbrauch nach sich zieht, ist eine Frage legitim, die Medien und Journalisten regelmässig provoziert und aufschreckt: Wer kontrolliert eigentlich die Medien? Wer kontrolliert Paparazzis? Wie weit dürfen die in Verfassungen verbrieften Freiheiten gehen, die etwa im Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes, in Artikel 55 der schweizerischen Bundesverfassung verankert, und, um einen Blick in die Zukunft zu werfen, im Entwurf für eine Reform der schweizerischen Bundesverfassung in Artikel 14 als "Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit" umschrieben sind ?

Es ist hier nicht der Platz, um zu zeigen, wie staatliche Kontrollen und Zensuren in der Vergangenheit gewirkt haben und wieso sie eingeführt wurden. Konner schreibt dazu: "The history of censorship ist the history of bigotry and ignorance. When any government or would-be government moves toward totalitarianism and control, the sources of information are the first objects to assault" (Konner 1996). In modernen Verfassungen ist also aus guten Gründen Meinungs- und Medienfreiheiten fest verankert. Russ-Mohl kommt im erwähnten Arbeitspapier denn auch zum klaren Schluss, dass Journalismus in offenen Gesellschaften eine Domäne der Selbstregulierung sei und bleiben müsse (Russ-Mohl 1992). Juristische Grenzen müssen dort gezogen werden, wo der Persönlichkeitsschutz überwiegt, was sich in Deutschland etwa im Verbot von Reportagen aus den Gerichtssälen äussert. Für Gerd Schulte-Hillen gilt



dafür folgende Formel: "Freiheit ist ohne Verantwortung nicht denkbar, denn Freiheitsrechte bedingen Pflichten zum Schutz Dritter und deren Rechte. Ohne Pflichten, ohne Verantwortung wäre der Willkür Tür und Tor geöffnet" (Schulte-Hillen 1996). Einigkeit herrscht über die Funktion des Staats: Schutz der Privatsphäre, Sicherung eines freien Marktzugangs und Konzentrationskontrolle, um die Voraussetzungen für die Meinungsvielfalt zu schaffen (Harmgarth 1996).

Fazit: Es kann sich bei der Kontrolle der Medien nur um eine Selbstkontrolle handeln. (Eine Ausnahme bilden Monopolmedien, weil hier die Korrektur des Marktes fehlt). Selbstkontrolle muss auf verschiedenen Ebenen organisiert werden. Ihr Ziel ist letztlich Qualitätssicherung. Das ist das Thema der beiden nächsten Kapitel. Dabei steht die Frage im Zentrum, wie, allen Versuchungen des Zeitgeistes zum Trotz, journalistische Qualität sichergestellt werden kann. Und was gilt es in diesem Zusammenhang besonders in Brüssel zu beachten ?

#### *4. 4. Qualität durch Wettbewerb und Selbstkontrolle*

Es ist vermutlich einfacher, fehlende Qualität festzustellen, als sie nachzuweisen. Mangelnde Qualität ist meistens pauschal offensichtlich, aber Qualität an sich lässt sich ja kaum eindeutig messen. Russ-Mohl warnt in seinem Working Paper denn auch zunächst, dass es fast unmöglich sei, journalistische Qualität genau zu definieren (Russ-Mohl 1992). Wieso? Weil man nicht Äpfel mit Birnen vergleichen soll. Weil es also nicht den einen Qualitätsstandard schlechthin gebe, sondern unterschiedliche Medien und diverse Journalismusgebiete, die unterschiedlichen Qualitätskriterien genügen müssten. Sie bewegten sich innerhalb eines "magischen Fünfecks", das durch folgende Eckpunkte gekennzeichnet sei:

- Reduktion von Komplexität (etwa Lesbarkeit)
- Objektivität (etwa Trennung von Bericht und Kommentar)
- Transparenz/Quellennachweis
- Nachrichtenwert und Relevanz (etwa zeitliche Positionierung)
- Originalität (etwa Anreize zum Lesen)

Hier gäbe es sowohl Überschneidungen als auch Zielkonflikte (trade offs). So kann zum Beispiel die Präzision zulasten der Verständlichkeit gehen. Der Zwang zur Aktualität kann die Beleuchtung des Hintergrunds unterbinden. Oder das Gebot der Fairness steht der Originalität entgegen. Oder die Kürze kann, wie es in der EU-Berichterstattung sehr oft der Fall ist, die Vielfalt der Meinungen verdecken.

Zwei Beispiele aus der EU, die den Spielraum im oben skizzierten "magischen Fünfeck" illustrieren mögen:

Ende Juni des Schicksalsjahres 1992, das der EU nach dem dänischen Fiasko auch noch einen äusserst knappen Ausgang des französischen Maastricht-Referendums bescherte (Ja-Anteil: 51,05 %), schrieb die Sunday Times anlässlich des Gipfeltreffens von Lissabon, dass der napoleonische Delors einen europäischen sozialistischen Superstaat anstrebe, der nuklear bewaffnet sei und von Brüssel aus regiert werden sollte. Im gleichen Artikel wurde die erfundene Geschichte aufgetischt, dass die EU die Spezifikationen für Kondome harmonisieren wolle (Grant 1994). Sogar Zeitungen wie die Financial Times und The Economist griffen die Themen auf.

Am 18. Juni 1997 erschien in der International Herald Tribune ein Beitrag von William Pfaff mit dem Titel "Europe Tries to Build a Central Bank on Technocrats' Sand". Pfaff schrieb den Artikel, bei dem es um die Bewertung des Amsterdamer Gipfels ging, in Paris. Er beginnt folgendermassen: "The European summit in Amsterdam has satisfied none of its participants but appeased them all. (...) Everyone is frustrated, all for good reasons." Pfaff hat diesen Kommentar, bei dem er anhand der Gründungsväter der USA zu zeigen versucht, dass die europäische Zentralbank und mit ihr die Währungsunion scheitern muss, am 17. Juni geschrieben. Aber am 17. Juni war der EU-Gipfel noch im vollen Gange, er dauerte ja bis zum 18. Juni vier Uhr morgens. Wie konnte der in Paris schreibende Pfaff wissen, dass der EU-Gipfel in Amsterdam niemanden befriedigte und alle frustriert sind? Der Ausgang des Gipfels war zu diesem Zeitpunkt völlig offen, und wie sich herausstellen sollte, sind die Ergebnisse für viele Beobachter eben doch zufriedenstellend ausgefallen (so etwa für Ludlow und Ehlermann, aber auch Eyskens, den früheren belgischen Premierminister). Pfaff wollte nicht nur nicht abwarten; er handelte anscheinend auch nach dem Grundsatz, wonach man sich eine vorgefasste Meinung ja nicht durch Fakten verderben lassen soll. Medien sind hin und wieder eben auch Einrichtungen, um vorgefasste Meinungen in Umlauf zu bringen.

Genügt Wettbewerb als Instrument zur Kontrolle? Auf diese Frage, also ob Wettbewerb zwischen den Medien die Kontrolle der Medien bereits wirksam wahrnehmen könne, antwortete mir Prof. Roger Blum (Universität Bern) anlässlich eines Gesprächs am 1. September 1997 folgendes: Auf der einen Seite wirke Wettbewerb tatsächlich kontrollierend, weil - bildlich gesprochen - sich Krähen hin und wieder eben doch ein Auge aushacken würden. Wer damit rechnen muss, dass die Konkurrenz Schwächen der journalistischen Arbeit erkennt, geht naturgemäss vorsichtiger ans Werk. Indem der Staat also eine Wettbewerbspolitik betreibt, die die Konkurrenz fördert,



etwa Kontrolle von Konzentrationen und Medienverbundsystemen, leistet er bereits einen Beitrag zur Qualitätssicherung, den man traditionell auch mit Meinungsvielfalt gleichsetzt. Meinungsvielfalt ist also bereits ein Qualitätsmerkmal.

Auf der anderen Seite hat laut Blum aber auch die Kommerzialisierung zugenommen, und das früher ideologisch voreingenommene Publikum müsse heute täglich neu erobert werden, was den Wettbewerb erst recht entfacht habe. Darunter können ethische Standards leiden. Dazu kommt ein weiteres: der Wettbewerb entfaltet seine Wirkung erst dann richtig, wenn von seinen Möglichkeiten auch Gebrauch gemacht wird. Das wiederum heisst, dass Medien den Mut zur gegenseitigen Kritik aufbringen müssen. Genau diese Kritik ist aber unterentwickelt. Das "System Journalismus" ist nach den Worten von Blum ein geschlossenes Gefüge. Oft teilt es gegen aussen grosszügig aus, aber innen verschont man sich, und wenn Kritik von aussen kommt, heult man im Chor auf - vorzugsweise mit dem Schlagwort "Pressefreiheit". Bei Medienkritik innerhalb des Systems spricht man schnell verächtlich von "Kollegenschelte". Dass die gegenseitige Kritik der Medien unterentwickelt ist, ist aber kein schweizerisches Phänomen. Diese Kritik fehlt gerade in Brüssel weitgehend. Man macht sich zwar in den Korridoren hin und wieder lustig über die Kollegen; aber im Blatt, schwarz auf weiss, bleibt man anständig und letztlich passiv solidarisch. Primeurs werden zitiert und übernommen, aber die zahlreichen Enten übersieht man. Unter dem vornehmen Titel "Die Stimme der anderen" (oder ähnlich) werden meist bloss die schönen Rosinen herausgepickt. Mit Medienkritik hat das aber nichts zu tun. René Zeller schreibt dazu treffend, dass die journalistische Selbstkontrolle nicht am eigenen Zeitungsrand aufhöre (Zeller 1997).

Das Gesagte legt nahe, dass es vermutlich über den Wettbewerb hinaus journalistische Spielregeln (etwa das Wahrheitsgebot) zu beachten gilt, die Grundsatzcharakter haben und die auch als Orientierungspunkte für die Selbstkritik und die Selbstkontrolle der Medien dienen: Es handelt sich um ethische Richtlinien, wie sie von verschiedenen Presseräten entwickelt worden sind. Aus dem Ehrenkodex des Schweizerischen Presserats, (Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten), der sich an der Deklaration von München (1971) orientiert, die von den Journalisten-Verbänden der damaligen sechs EWG-Mitgliedstaaten erstellt worden war, lassen sich folgende 10 Kernelemente herauschälen (Presserat 1997):

- Journalisten sollen sich an die Wahrheit halten
- sie verteidigen die Freiheit der Information
- sie halten sich an Quellen, unterschlagen keine Informationen
- sie bedienen sich keinerlei unlauterer Methoden

- sie berichtigen Falschmeldungen
- sie wahren das Berufsgeheimnis
- sie respektieren die Privatsphären
- sie lehnen Vorteile oder Versprechen ab, die ihre Meinungsbildung beeinträchtigen könnten
- sie trennen Werbung und journalistisches Handwerk
- sie nehmen Weisungen nur aus ihrer Redaktion entgegen

Die Errichtung solcher berufsethischer Leitplanken (ein "Europäisches Statut") für die Brüsseler Journalisten stand zu einem früheren Zeitpunkt einmal zur Diskussion. Vielleicht wäre es an der Zeit, in diesen hektischen Zeiten sich der Sache wieder anzunehmen. Das Forum dafür existiert bereits: die API, die Association de la Presse Internationale. Damit würde nicht nur das Problembewusstsein geschärft; auch eine internationale Auseinandersetzung mit der Thematik und ein Erfahrungsaustausch würden angeregt. Letzteres ist auch ein Anliegen von Russ-Mohl: "Thus, another precondition for professionalization is a functioning communication system, which allows for the exchange of experiences, for criticism and counter criticism of professional theory and practice..." (Russ-Mohl 1992).

Roger Blum fasst diese oben erwähnten Pflichten unter dem Begriff "Fairness" zusammen. Journalismus bedeute Machtausübung. Und wie Konner meint er: Wenn die Branche nicht selbst für eine gewisse Ordnung Sorge und Qualitätsstandards formuliere, täten dies andere mit der Absicht, Journalisten zu disziplinieren und die Macht der Medien einzuschränken. Auch hier: Die Kontrolle der Medien könne nur eine Selbstkontrolle sein.

Im Zusammenhang mit der Qualitätsdiskussion spricht auch Hans-Wolfgang Pfeifer, der Geschäftsführer der FAZ, von Fairness; zusätzlich erwähnt er die Eigenschaften Redlichkeit, Sorgfalt, Skepsis, Streben nach Wahrheit und geistiger Unabhängigkeit (Schreiber 1996). Eine interessante Ergänzung dazu liefert Hermann Schreiber. Er zitiert Podiumsgäste des Frankfurter Presseclubs, die auf die Frage nach den zentralen Merkmalen journalistischer Qualität mit folgender Aufzählung geantwortet haben:

- Qualität der Sprache
- Schnelligkeit der Berichterstattung
- sauberes Informieren
- belegbare Meinung
- Trennung von Information und Meinung
- Vermittlung von Grundlagen zur Urteilsbildung
- Vielfalt
- Verdeutlichung des sozialen Kontexts



- Rücksichtnahme auf die Art der Vermittlung
- umfassende Information
- Wächterfunktion
- kritische Sehweise
- Angemessenheit der Darstellung

Auf dieser Liste befinden sich ein paar interessante neue Elemente, etwa das erste und das letzte. Nach Schreiber fehlen aber vorab zwei:

- Vermeidung von Langweile und
- die Forderung nach Wahrheit

Michael Elliott, der Chefredaktor von *Newsweek*, machte in einem Interview mit der *NZZ* folgende Qualitäten geltend, womit auch gewisse Unterschiede zwischen dem kontinentaleuropäischen und dem amerikanischen Journalismus hervortreten:

- präzise, unnachgiebige Recherche
- aggressive provokative Fragestellungen
- Beizug einer Vielzahl von Informationen
- viele Originalzitate
- eine Geschichte auf den Punkt zu bringen
- klare Haltung dem Thema gegenüber

Abschliessend das zentrale Postulat, das Willy Zeller (Zr.) in einem Leitartikel formuliert hat: "Wir schulden dem Leser ehrliche Sachinformationen" (Zeller 1994). Diesen und die zuvor geäusserten Gedanken wollen wir nun auf die EU übertragen und zu konkretisieren versuchen.

## 5. Ehrliche Sachinformationen: Herausforderung EU

Wer den Gedanken des aufklärerischen Journalismus also noch nicht ganz beiseite gelegt hat und im tagesaktuellen Strom der Worte und der Ereignisse ein verlässliches Informationsfundament legen will, schuldet dem Leser ehrliche Sachinformationen. Was heisst das auf Brüssel übertragen? Wie soll sich eine Zeitung, die sich der wahrheitsgetreuen EU-Berichterstattung verpflichtet fühlt, die eine umfassende, vertiefte und kontinuierliche Information aus und über Brüssel anstrebt, im "magischen Fünfeck" positionieren? Welche Grundsätze gilt es zur Fortsetzung der öffentlichen Debatte zu beachten? Was kann aus den verschiedenen Ansätzen zur Qualitätsdefinition übernommen werden, um - im Sinne von "Les Lumières" - Beleuchtung herzustellen und damit Orientierung zu verschaffen?

### *5. 1. Die Übersetzungsaufgabe*

Der EU-Jargon hat sich längst von der Umgangssprache abgekoppelt und führt ein Eigenleben. Er gibt Sachverhalte zwar präzise wieder, wird aber ausserhalb des elitären Ghettos nicht verstanden. Der Journalist in Brüssel hat damit ein Übersetzungsaufgabe. Oft auch (wie Dolmetscher) ein Interpretationsproblem. Er orientiert sich an zwei Wegweisern: dem Wahrheitsgebot und der Verständlichkeit. Das heisst, er soll vereinfachen, aber nicht verfälschen. Er soll erläutern und vermitteln. Ein redliches Abbild der Wirklichkeit zeichnen. Damit kann er einen Beitrag zur Lösung des Akzeptanz- und Imageproblems leisten. Dass sich die EU schlecht bebildern lässt, kann manchmal auch eine Chance sein: Zur Entwicklung einer bildhaften und lebendigen Sprache. Gemäss Walter Lippmann und Niklas Luhmann erzeugen Journalisten ja ohnehin Bilder in den Köpfen. Wieso denn nicht gleich möglichst wirklichkeitsnahe Bilder kreieren? Durch richtige Vergleiche und eine anregende Sprache. Diese soll aus der Sicht des Wissenschafters nicht falsch und aus der Sicht des Laien verständlich sein. Dies ist meistens unspektakulärer und wirkt vielleicht langweiliger als Extrempositionen, Verzerrungen und unterhaltsame Vergleiche.

### *5. 2. Das Auswahlproblem*

In Brüssel gibt es kein Informationsproblem. Auch kein Beschaffungsproblem. Denn die Zugänglichkeit der Behörden, der Quellen und die Verfügbarkeit von Material ist gross. Es gibt in erster Linie ein Auswahlproblem. Es geht um die Auswahl relevanter Nachrichten. Und um deren Umwandlung in Informationen. Der Leser erwartet zu Recht, dass ihm die Zeitung ein Tagesmenu zusammenstellt. Die Kunst besteht dabei oft im Weglassen und im Ausscheiden des Propagandamaterials. Und es gibt ein Verdichtungsproblem. Die Fülle der Standpunkte, die Dauer der Entscheidungsprozesse und die schiere Masse an Papier verlangen nach pragmatischen Sortierungsmechanismen, etwa dringend / nicht dringend, wichtig / unwichtig. Wenn Dringendes wegen Überlastung dennoch nicht erledigt werden kann, kann es über die Agentur abgedeckt werden. Wichtiges, das nicht dringend ist, kann gegebenenfalls am nächsten Tag behandelt werden. Auch Unterhaltsames darf mitgenommen werden. Es ist aber weder die Aufgabe der EU, zu unterhalten, noch ist es die Aufgabe der Zeitung, nur zu unterhalten. Relevante EU-Sachinformationen sollten vielmehr Teil des Dienstleistungspakets sein, das die Zeitung anbietet.

### *5. 3. Objektivierung durch Distanz*

Wenn eine völlig objektive Darstellung schon nicht möglich sein soll, so ist sie doch zumindest erstrebenswert. Dazu ist nötig, dass man an Informanten und Informationen herankommt, sich aber weder von den einen noch von den anderen blenden und vereinnahmen lässt. Das heisst: Man soll nur so nahe



herangehen, dass man sich auch wieder distanzieren kann. Aber man soll auch so nahe herangehen, dass man sich überzeugen lassen kann, notfalls auch von einer abweichenden Position. Nähe und Distanz, aber auch das Unabhängigkeitsgebot, sind in Brüssel laufend herausgefordert. Denn meinungs- oder emotionslos steht der EU kaum jemand gegenüber. In Brüssel gibt es mehrheitlich Integrationsbefürworter. Auch Befürworter einer weiteren Integration. Deshalb verlangen eine kritische Sichtweise und provokative Fragestellungen, die auch Voraussetzung der Kontrollfunktion sind, nach täglicher Übung. Selbstzweck sind sie indessen nicht. Wer einseitig berichtet, ist verdächtig, auch wenn er den Applaus auf seiner Seite hat. Wer nur noch einseitig berichtet, liegt mit Sicherheit falsch - und verdient gar keinen Applaus.

#### *5. 4. Referenzpunkt Leserschaft (Bezug zur Schweiz)*

Der Leser sitzt woanders. Nicht in Brüssel. Das Gros der Schweizer Leser sitzt in der Schweiz. Und weil es in Brüssel kaum noch Themen gibt, die nicht auch einen Bezug zur Schweiz haben, gehört die Frage nach dem nationalen oder lokalen Kontext zur Pflicht. Das tönt einfach. Ist es aber nicht. Denn die Frage nach den Auswirkungen auf die Schweiz oder den Bezug zur Eidgenossenschaft stellt bei der EU niemand. Und niemand weiss es. Folglich muss der Journalist die Frage stellen. Und die Antwort am besten gleich mitliefern. Denn wenn eine Geschichte auf den Punkt gebracht werden will, dann diese. Das bedeutet, dass der Brüsseler Hans-Dampf-in-allen-Gassen Ansprechpartner in der Schweiz braucht. Entweder in der Bundesverwaltung, beim Kanton, der Wirtschaft oder in der Heimredaktion. Am besten an verschiedenen Orten gleichzeitig. So können zwei zusammenarbeiten, die sich ergänzen. Dabei geht es um Fragen, ob die Kommissionsvorschläge, die Entscheide des Ministerrats oder die Urteile des EuGH Auswirkungen und Veränderungen vor der Haustüre nach sich ziehen. Das ist öfters der Fall als man meint. Und wenn es einen Bezug gibt (oder auch keinen), will und soll der Leser es wissen.

#### *5. 5. Spiegel der Meinungsvielfalt*

Wer glasklare Antworten liebt, hat mit der EU indessen einen schweren Stand. Die EU liefert sie nicht. Eher gleicht sie einem Jahrmarkt. Dort werden Positionen feilgeboten und so zum Gegenstand von Verhandlungen. Dieser Prozess gleicht oft dem Kreisverkehr. Denn wo 15 Mitgliedstaaten sind, gibt es - inklusive Kommissionsstandpunkt - 16 Meinungen. Daraus werden Kompromisse geschmiedet, bei denen es keine Verlierer geben darf. Das sind oft faule Kompromisse, aber immerhin Kompromisse. Politische Kompromisse. Darauf baut die EU und daraus ist sie auch gebaut. Sie gleichen Vektoren aus verschiedenen Richtungen, verschiedenen Kulturen im weitesten Sinne. Dieses Meinungsspektrum und das Werden der Kompromisse kann der Journalist zwar nicht im Detail nachzeichnen. Aber er muss ihnen Rechnung tragen, so gut es

eben geht. Zum Beispiel durch Verzicht auf Polarisierungen. Und durch den Beizug möglichst vieler Quellen. Davon hat es in Brüssel genug.

### *5. 6. Die EU als offener Prozess*

Der europäische Integrationsprozess hat klare Ausgangspunkte, aber kein klares Ziel. Die Finalität ist umstritten, der Prozess damit offen. Das kann mitunter irritierende Auswirkung auf das Tagesgeschäft haben: Denn nichts ist endgültig. Die EU ist ein wandelndes Provisorium, eine Konstruktion sui generis. EU-Politik ist also gekennzeichnet durch Rückkommensanträge. Alles, auch Etabliertes, wird damit irgendwann wieder Verhandlungsmaterie. Deshalb kann der Journalist ein Thema praktisch jederzeit aufgreifen. Aktualität in der EU ist mithin relativ, weil sie latent immer vorhanden ist. Dies kann (muss aber nicht) den Zeitdruck relativieren. Dies gilt es auch beim Schreiben zu berücksichtigen. Aus dem Prozesscharakter folgt ein Zweites: die EU ist nicht monolithisch, sie ist gestaltbar. Diese Gestaltbarkeit gilt es aufzuzeigen. Die Schilderung dieses Prozesses ist mithin oft wirklichkeitsnäher als das (ohnehin meist nur provisorische) Ergebnis.

### *5. 7. Kontinuität*

Aus dem Prozesscharakter der EU geht im weiteren hervor, dass die seriöse Berichterstattung durch Kontinuität gekennzeichnet sein muss. Das heisst: das Medium muss ein Gedächtnis haben. Dies ruft nach Journalisten vor Ort. Sie ordnen ein, vergleichen, gewichten und erstellen den Gesamtzusammenhang. Anders formuliert: Man kann die EU-Berichterstattung nicht sporadisch von ausserhalb - etwa aus Paris oder London - erledigen oder aus der Heimredaktion abwickeln. Das Umgekehrte gilt allerdings auch: Man kann die EU-Berichterstattung nicht an eine einzige Person delegieren, die in Brüssel sitzt. Sie geht hin und wieder auch andere an, die sich normalerweise mit nationalen Themen beschäftigen. Denn EU-Politik ist auch nationale Politik, und nationale Politik hat Auswirkungen auf die EU. Kurz: Innen- und Aussenpolitik vermischen und ergänzen sich. Nur über dieses Gesamtbild verschafft sich die Zeitung Kompetenz. Und damit Vertrauen. Vertrauen ist - wie erinnerlich - das wichtigste Kapital der Zeitung. Dies gilt in Zeiten, da Vertrauen offenbar knapp wird, doppelt.

### *5. 8. Wiederholung*

Ein weiteres: Die Postulate "Kontinuität" und "Gesamtzusammenhang" rufen auch nach Wiederholung. Denn zur Einordnung muss der Leser Neues mit Bekanntem verknüpfen. Das eine baut auf dem anderen auf. Und erst die erkennbare Unterscheidung zwischen Bekanntem und Unbekanntem schafft Neuigkeit (News). Dies gilt umso mehr, als Zeitungslektüre freiwillig ist. Das gängige und arrogante Journalistenbild vom Leser, der jeden Tag die Zeitung -



mindestens aber "seinen" Artikel - im Kopf hat, ist falsch. Der Leser kennt die Zeitung und den Bericht des Vortags oder der Vorwoche nicht immer (oder nicht mehr). Und der Lesende ist meistens weniger konzentriert als der Schreibende. Er braucht Lesehilfen. Er will bei Bekanntem abgeholt werden. Erst durch diese Einordnung, durch diesen Aufwertung und Bereicherung, entsteht das, was wir wollen: Information und deren Vermittlung.

#### 5. 9. *Ein Prise Salz*

Ganz ohne Salz und Pfeffer geht es allerdings auch nicht. Das journalistische Produkt darf nicht langweilen. Es soll auch unterhalten, wenn auch nicht in erster Linie, denn zur reinen Unterhaltung gibt es viel besseres als Zeitungen. Artikel sollen gelesen werden. Wenn der Leser bis zum Schluss durchhält, um so besser. Wenn ihm eine gelungene Pointe in Erinnerung bleibt, noch besser. Bei der Verwendung von Salz und Pfeffer kommt es indessen auf das Mass an. Das Verhältnis zwischen Witz und Sache, zwischen Gewürz und Inhalt, muss stimmen. Das erste soll das zweite ergänzen - nicht umgekehrt.

## Literaturliste

Baker, Gerard, "Illustration of the racial divide", *Financial Times* vom 15, September 1997, S. 9.

Barber, Lionel, *Financial Times* vom 8, April 1997, S. 2.

Bommarius, Christian, *Wie eine Nachricht entsteht*, In: Zeitschrift Kursbuch, Heft Nr. 125, Die Meinungsmacher, Berlin, Rowolt, September 1996, S. 2.

Darnton, Robert, zit, bei Weischenberg, Siegfried, *Journalistik, Medienkommunikation: Theorie und Praxis*, Westdeutscher Verlag, S. 46.

Dondelinger, Jean, "Nur die Sprache ist die Grenze", *FAZ* vom 11, Januar 1991.

European Commission, *Building the European Information Society for us all*, Final policy report of the high-level expert group, Brussels, April 1997, S. 17ff.

*Focus* 9/1997: "Ziemlich unehrlich", S. 42.

Grant, Charles, *Delors. Inside the House that Jacques Built*, London, Nicholas Brealey Publishing, 1994.

Halimi, Serge, "Les journalistes américains en accusation" *Le Monde diplomatique*, Août 1996.

Haller, Michael, "Emanzipatorischer Journalismus hat eine Chance", Beitrag in *Medien zwischen Geld und Geist*, Jubiläumsbuch zu 100 Jahre Tages-Anzeiger, S. 83.

Hamm, Ingrid, Vorwort zu: *Verantwortung im freien Medienmarkt*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 9.

Harmgarth, Friederike, "Thesen zur gesellschaftlichen Verantwortung der Medien im freien Markt", *Verantwortung im freien Medienmarkt*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 14.

Hutter, Alois, *Menschen und Massenmedien*, Salzburg, Otto Müller Verlag, S. 149.

Kepplinger, Hans Martin, "Angepasste Aussenseiter", *Was Journalisten denken und wie sie arbeiten*, Freiburg / München, Verlag Karl Alber, 1979.



Knapen Ben, "Wie aktuell ist eigentlich die Zeitung?", *Europa liest Zeitung*, Publikation des ENPA (des Verbandes der Europäischen Zeitungsverleger), Brüssel, 1996, S. 14.

Konner, Joan, "Is journalism losing its professional standards?" in *Verantwortung im freien Medienmarkt*, Gütersloh, Verlag, Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 37.

Körner, Karl Oscar, "Der Fall Ergo", Kursbuch, Heft Nr. 125, Die Meinungsmacher, Berlin, Rowohlt, September 1996, S. 19.

Kuenheim von, Eberhard, "Verantwortung der Industrie -Verantwortung der Medien: Analogie oder Widerspruch?", *Verantwortung im freien Medienmarkt*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 67.

Kull, Edgar, "Zur 'öffentlichen Aufgabe' grundrechtsgeschützter Presse", *Presserecht und Pressefreiheit, Festschrift für Martin Löffler zum 75. Geburtstag*, München, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, 1980, S. 187ff.

Leuenberger, Moritz, "Ihr und wir - Medien, Macht und Moral", Unveröff., Vortrag anlässlich des Jubiläums '20 Jahre Presserat' am 20. Juni 1997 in Biel.

Ludlow, Peter, *Preparing Europe for the 21st Century, The Amsterdam Council and Beyond*, CEPS 3rd annual Report 1997, S. 131.

Luhmann, Niklas, *Die Realität der Massenmedien*, Opladen, Westdeutscher Verlag, erweiterte Auflage, 1996, S. 54.

McLuhan, Marshall, *Die magischen Kanäle, Understanding Media*, Dresden und Basel, Verlag der Kunst, 1995, S. 329.

Menck, Claire, "Urteilmacher, Die Literatur in der Kritik", *Kursbuch* Heft Nr. 125, Die Meinungsmacher; Berlin, Rowohlt, September 1996.

*Neue Zürcher Zeitung*, 20, Februar 1997.

Noam, Eli M., *Cyber-TV, Thesen zur dritten Fernsehrevolution*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 32.

Presserat SVJ, *Vademecum, Leitfaden zu den Stellungnahmen*, Freiburg, 1997, S. 92 - 95.

Ramonet, Ignacio, unveröff, Vortrag anlässlich des Jubiläums '20 Jahre Presserat' in Biel am 20, Juni 1997.

Report International, *European Union Press and Television Report*, September, Oktober, November 1996, Bericht zuhanden der Europäischen Kommission, DG X.

Riklin, Alois, *Die Führungslehre von Niccolo Machiavelli*, Bern, Verlag Stämpfli+Cie AG, 1996, S. 101.

Rogaly, Joe, "The realities of life under media rule", *Financial Times*, vom 18, Januar 1997.

Russ-Mohl, Stephan, "Infrastrukturfaktor und Infrastrukturfalle, Plädoyer für ein Qualitätssicherungs-Netzwerk im Journalismus", *Zukunft oder Ende des Journalismus ?* Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1994, S. 257.

Russ-Mohl, Stephan, "Regulating Self-Regulation: The Neglected Case of Journalism Policies", EUI Working Papers SPS No. 92/25, 1992, S. 4.

Saner, Hans, "Wahrheit und Lüge in der Tagespresse", Unveröff, Vortrag anlässlich des Jubiläums '20 Jahre Presserat' am 20, Juni 1997 in Biel.

Saxer, Ulrich und Romano Gaetano, "Die Kommunikation von Organisationen", Vorschlag für ein neues NFP, 8, NFP-Serie, S. 5.

Saxer, Ulrich, "Bericht aus dem Bundeshaus", Diskussionspunkt 24, Zürich, Seminar für Publizistikwissenschaft der Universität Zürich, 1992, S. 11.

Saxer, Ulrich, "Medien und Politik in der Schweiz", *Journalismus in der Schweiz*, Schriften zur Medienpraxis (MAZ), Aarau, Verlag Sauerländer, 1993, S. 90.

Saxer, Ulrich, "Die Sekundenzeiger der Geschichte - Medien als Zeitmanager", *NZZ* vom 3/4, August 1996, S. 7.

Schanne, Michael, "Einführung in die Mediengeschichte der Schweiz", *Journalismus in der Schweiz*, Schriften zur Medienpraxis Band Nr. 10 (Herausgegeben vom MAZ, Luzern), Aarau, Verlag Sauerländer, 1994 S. 7.



Schanne, Michael und Matter, Ruedi, "Auswahl und Inszenierung von Themen zur öffentlichen Kommunikation", *Journalismus in der Schweiz*, Schriften zur Medienpraxis Band Nr. 10 (MAZ), Aarau, Verlag Sauerländer, 1994, S. 69

Schreiber, Hermann, "...der unermüdliche Versuch, sehr gut zu sein", *Zukunft oder Ende des Journalismus?* Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1994, S. 30.

Schulte-Hillen, Gerd, "Zur Verantwortung der Medienmacher", *Verantwortung im freien Medienmarkt*, Gütersloh, Verlag Bertelsmann Stiftung, 1996, S. 25.

Stadler, Rainer, "Ruhestörer", *Journalist*, 3/97, 1997.

Studiengroep, mens en ruimte, "Die sozialökonomischen Auswirkungen der europäischen und internationalen Institutionen in Brüssel", Brüssel, 5, Juli 1994.

Süskind, Martin, *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 116, 23 Mai 1989.

Thurow, Lester, *The Future of Capitalism*, New York, William Morrow and Company, S. 83.

Utley, Garrick, "The Shrinking of Foreign News", *Foreign Affairs*, March/April 1997, S. 2.

Van der Paas, Nikolaus, anlässlich des Seminars von Philipp Morris am 14. April 1997 zum Thema: "How much popular support is there for the EU?"

Virilio, Paul, *Fluchtgeschwindigkeit*, Hanser Verlag, 1996.

Weck de, Roger, "Die Macht der Presse", *Tages-Anzeiger* vom 22. März 1997.

Weischenberg, Siegfried, *Journalistik, Medienkommunikation: Theorie und Praxis*, Westdeutscher Verlag, 1992.

Zeller, René, "Pressefreiheit heisst nicht Narrenfreiheit", *NZZ* vom 20. September 1997, S. 13.

Zeller, Willy, "Wirtschaftsjournalismus und Sittlichkeit", *NZZ* vom 31. März 1994, S. 33.



# EUI WORKING PAPERS

EUI Working Papers are published and distributed by the  
European University Institute, Florence

Copies can be obtained free of charge  
– depending on the availability of stocks – from:

The Publications Officer  
European University Institute  
Badia Fiesolana  
I-50016 San Domenico di Fiesole (FI)  
Italy

**Please use order form overleaf**



## Publications of the European University Institute

To                    The Publications Officer  
                      European University Institute  
                      Badia Fiesolana  
                      I-50016 San Domenico di Fiesole (FI) – Italy  
                      Telefax No: +39/55/4685 636  
                      e-mail: [publish@datacomm.iue.it](mailto:publish@datacomm.iue.it)  
                      <http://www.iue.it>

From                Name .....  
                      Address .....  
                      .....  
                      .....  
                      .....  
                      .....

- ☐ Please send me a complete list of EUI Working Papers  
☐ Please send me a complete list of EUI book publications  
☐ Please send me the EUI brochure Academic Year 1998/99

Please send me the following EUI Working Paper(s):

No, Author .....  
Title: .....  
No, Author .....  
Title: .....  
No, Author .....  
Title: .....  
No, Author .....  
Title: .....

Date .....

Signature .....

# Working Papers of the Robert Schuman Centre

Published since 1997

## RSC No. 97/1

Donatella della PORTA/Herbert REITER  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*The Policing of Protest in Contemporary  
Democracies*

## RSC No. 97/2

Robert REINER  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Policing, Protest and Disorder in Britain*

## RSC No. 97/3

Clark McPHAIL/John McCARTHY/David  
SCHWEINGRUBER  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Policing Protest in the United States: From  
the 1960s to the 1990s*

## RSC No. 97/4

Olivier FILLIEULE/Fabien JOBARD  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*The Policing of Protest in France: Towards  
a Model of Protest Policing*

## RSC No. 97/5

Dominique WISLER/Hanspeter KRIESI  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Public Order, Protest Cycles and Political  
Process: Two Swiss Cities Compared*

## RSC No. 97/6

P.A.J. WADDINGTON  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Controlling Protest in Contemporary,  
Historical and Comparative Perspective*

## RSC No. 97/7

Herbert REITER  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Police and Public Order in Italy, 1944-1948.  
The Case of Florence*

## RSC No. 97/8

Oscar JAIME-JIMENEZ  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*The Policing of Social Protest in Spain:  
From Dictatorship to Democracy*

## RSC No. 97/9

Martin WINTER  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Police Philosophy and Protest Policing in  
the Federal Republic of Germany, 1960-  
1990*

## RSC No. 97/10

Rocco DE BIASI  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*The Policing of Hooliganism in Italy*

## RSC No. 97/11

Donatella della PORTA  
The Policing of Mass Demonstration in  
Contemporary Democracies  
*Police Knowledge and Public Order:  
Some Reflections on the Italian Case*

## RSC No. 97/12

Patrick A. McCARTHY  
Positionality, Tension and Instability in the  
UN Security Council

## RSC No. 97/13

Andrea LENSCHOW  
Greening the EC Regional and Cohesion  
Funds. Explaining Variation Across Similar  
Policy Areas

## RSC No. 97/14

Richard SINNOTT/Nessa WINSTON  
Farmers, the CAP and Support for  
European Integration

## RSC No. 97/15

Kees van KERSBERGEN  
Double Allegiance in European Integration:  
Publics, Nation-States, and Social Policy



**RSC No. 97/16**

Michael J. ARTIS/Wenda ZHANG  
The Linkage of Interest Rates Within the EMU

**RSC No. 97/17**

Dimitri G. DEMEKAS/  
Zenon G. KONTOLEMIS  
Unemployment in Greece:  
A Survey of the Issues

**RSC No. 97/18**

Olivier FILLIEULE  
«Plus ça change, moins ça change» -  
Demonstrations in France During the  
Nineteen-Eighties

**RSC No. 97/19**

Tanja A. BÖRZEL  
Policy Networks - A New Paradigm for  
European Governance?

**RSC No. 97/20**

Vladimir MIKHALEV  
Poverty Alleviation in the Course of  
Transition: Policy Options for Russia

**RSC No. 97/21**

Susan SENIOR NELLO  
Applying the New Political Economy  
Approach to Agricultural Policy Formation  
in the European Union

**RSC No. 97/22**

Repatriation. Legal and Policy Issues  
Concerning Refugees from the Former  
Yugoslavia  
*Proceedings of a Roundtable Discussion,  
organised by the Working Group on  
Refugees (RSC)*

**RSC No. 97/23**

Simon BAGSHAW  
Benchmarks or Deutschmarks? Determining  
the Criteria for the Repatriation of Refugees  
to Bosnia and Herzegovina

**RSC No. 97/24**

Sven BISLEV  
European Welfare States: Mechanisms of  
Convergence and Divergence

**RSC No. 97/25**

Pascal SCIARINI/Ola LISTHAUG  
Single Cases or a Unique Pair?  
The Swiss and Norwegian No to Europe

**RSC No. 97/26**

D. LESLIE/D. BLACKABY/ S.  
DRINKWATER/P. MURPHY  
Unemployment, Ethnic Minorities and  
Discrimination

**RSC No. 97/27**

Bernhard WINKLER  
Maastricht Games and Maastricht Contracts

**RSC No. 97/28**

Horst SIEBERT  
Labor Market Rigidities and Unemployment  
in Europe

**RSC No. 97/29**

Ute COLLIER  
Prospects for a Sustainable Energy Policy in  
the European Union

**RSC No. 97/30**

John MYLES/Paul PIERSON  
Friedman's Revenge: The Reform of  
'Liberal' Welfare States in Canada and the  
United States

**RSC No. 97/31**

Liesbet HOOGHE/Gary MARKS  
The Making of a Polity: The Struggle over  
European Integration

**RSC No. 97/32**

Pascal SCIARINI/Simon HUG/  
Cédric DUPONT  
Example, Exception or Both? Swiss  
National Identity in Perspective

**RSC No. 97/33**

Dolores O'REILLY  
From State-Control to EC Competence.  
Air Transport Liberalisation

**RSC No. 97/34**

Giuliana GEMELLI  
From Imitation to Competitive-Cooperation.  
Ford Foundation and Management  
Education in Western Europe  
(1950's-1970's)  
*Vol. I*

**RSC No. 97/35**

Giuliana GEMELLI  
From Imitation to Competitive-Cooperation.  
Ford Foundation and Management  
Education in Western Europe  
(1950's-1970's)  
*Vol. II*

**RSC No. 97/36**

Martin RHODES

Globalisation. Labour Markets and Welfare States: A Future of 'Competitive Corporatism'?

**RSC No. 97/37**

Jacques MÉLITZ/Axel A. WEBER

The Costs/Benefits of a Common Monetary Policy in France and Germany and Possible Lessons for Monetary Union

**RSC No. 97/38**

Jürgen R. GROTE

Interorganizational Networks and Social Capital Formation in the South of the South

**RSC No. 97/39**

Jean-Paul FITOUSSI

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Substitutabilities vs Complementarities Between Structural and Macroeconomic Policies*

**RSC No. 97/40**

Ray BARRELL/James SEFTON

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Fiscal Policy, Real Exchange Rates and Monetary Union*

**RSC No. 97/41**

Peter SINCLAIR/Nicholas HORSEWOOD

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Has the Phillips Curve Been Reborn?*

**RSC No. 97/42**

Riccardo FAINI/Giampaolo GALLI/Pietro GENNARI/Fulvio ROSSI

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *An Empirical Puzzle: Falling Migrations and Growing Unemployment Differentials among Italian Regions*

**RSC No. 97/43**

Peter WESTAWAY

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *What Determines the Natural Rate of Unemployment? And What Does Not?*

**RSC No. 97/44**

Neale O. KENNEDY

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Unemployment in the EU and the US: A Macroeconomic Perspective*

**RSC No. 97/45**

Bruno CHIARINI/Paolo PISELLI

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Wage Setting, Wage Curve and Phillips Curve: The Italian Evidence*

**RSC No. 97/46**

Rod CROSS/Julia DARBY/ Jonathan

IRELAND

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Hysteresis and Ranges or Intervals for Equilibrium Unemployment*

**RSC No. 97/47**

Frank BARRY/John BRADLEY/ Joanne

McCARTAN

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Unemployment in the EU Periphery: Problems and Prospects*

**RSC No. 97/48**

Winfried VOGT

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *High Unemployment and Stabilisation Policy*

**RSC No. 97/49**

Henrik HOFMAN

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Europe as an Entity. Possibilities and Limits in Economic Policy*

**RSC No. 97/50**

Claude GIORNO/Alain DESERRES/

Peter STURM

European Unemployment: Macroeconomic Aspects. *Macroeconomic Policy and the NAIRU in European Economies*

**RSC No. 97/51**

Susan SENIOR NELLO/

Karen E. SMITH

The Consequences of Eastern Enlargement of the European Union in Stages

**RSC No. 97/52**

Michael J. ARTIS/Wenda ZHANG

On Identifying the Core of EMU: An Exploration of Some Empirical Criteria

**RSC No. 97/53**

Gabriele TONDL

The Ups and Downs of Regional Income Convergence in Europe. Evidence from a Cross-Section and a Cross-Section Time Series Analysis



**RSC No. 97/54**

Michael J. ARTIS/Bernhard WINKLER  
The Stability Pact: Safeguarding the  
Credibility of the European Central Bank

**RSC No. 97/55**

Paul McALEAVY/Stefaan  
DE RYNCK  
Regional or Local? The EU's Future  
Partners in Cohesion Policy

**RSC No. 97/56**

Christoph KNILL  
Implementing European Policies: The  
Impact of National Administrative Traditions

**RSC No. 97/57**

Christoph KNILL/Andrea LENSCHOW  
Coping with Europe: The Impact of British  
and German Administrations on the  
Implementation of EU Environmental Policy

**RSC No. 97/58**

James A. CAPORASO  
Across the Great Divide: Integrating  
Comparative and International Politics

**RSC No. 97/59**

Anne DEIGHTON  
On the Cusp: Britain, Maastricht and  
European Security

**RSC No. 97/60**

Martin RHODES/Bastiaan  
VAN APELDOORN  
The Transformation of West European  
Capitalism?

**RSC No. 97/61**

Andrea LENSCHOW  
Transformation in European Environmental  
Governance

**RSC No. 97/62**

Daniel VERDIER  
Domestic Responses to Capital Market  
Internationalization under the Gold  
Standard, 1870-1914

**RSC No. 97/63**

Manfred RIST  
Die Europäische Union als journalistische  
Herausforderung. Qualität im  
Spannungsfeld zwischen Infotainment und  
Sachinformation





